Sonntag, 9. März 1924. **Einzelnummer 250000 Mark.** 63. Jahrgang. Nr. 58.

Bezugspreis*) monatl. Mk.: bei der Geschäftsst. 6 700 000; bei den Ausgabest. 7 000 000; durch Zeitungsb. 7 300 000; durch Post . . . . 7 486 000 einschl. Postgebühren; ins Ausland 11 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 100 000 M. Reklameteil 250 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr. für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M. *) Reklameteil 250 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Fernspr. 2273 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Spannung steigt!

Will man eine neue Krise?

Daß dem Herrn Premierminister Grabski mitunter nicht leicht ums Herz sein wird, ist schon mehrfach von uns gesagt worden. Seine Stellung ist nicht ganz einfach. Auf der einen Seite die Sanierung der Finanzen, die Polens Wirtschaftslage aus dem Chaos führen soll, die Gründung der Emissionsbank, die so gar nicht recht das große Publikum zur Begeisterung hinreißen will, auf der anderen Seite die vielen politischen Kämpfe, die rein parteipolitisch eingestellten Anfeindungen, die nicht das Staatsinteresse verfechten wollen, sondern die nur für ihr Parteiprestige fürchten.

Es ist sehr gut gegangen in diesen letzten zwei Monaten, das haben wir gesehen. Der Dollar war stabil. Die Preise haben, wenn auch nur eine geringe Kleinigkeit, nachgegeben, die Emissionsbank hat sogar rege Anstrengungen gemacht, auf ihre hübschen Augen hinzuweisen, und die Presse hat sogar wieder ziemlich stark gegen die Minderheiten Sturm gelaufen, an der Spitze die Frau Sokolnicka, die nun plötzlich ein „Nationalheros" geworden, der man in der nächsten Zeit irgendwo ein Denkmal errichten wird, da sie ja Polens Bestand durch ihre wundervollen „Interpellationen" gesichert hat. Also alles ist in schönster Harmonie.

Einsichtige Kreise an der Spitze, führende Männer in Warschau, sehen nicht ohne Besorgnis auf dieses Getriebe, das alles andere ist, als staatserhaltend. Und Herrn Grabski ist wirklich nicht leicht ums Herz. Er hat den Kopf so voll mit den Sanierungsmaßnahmen, alles blickt auf ihn, alles glaubt an seine Kraft.

Pilsudski hat in einer größeren Rede, die er einst in Lemberg hielt, von Wühlmäusen gesprochen, die seit Gründung des polnischen Staates an den Mauern nagen. Es sind Wühlmäuse, die mit großem Geschrei Patriotismus predigen und ihren Geldbeutel meinen. Es sind Wühlmäuse, die mit dem Gift der Verleumdung arbeiten und politische Brunnenvergiftung treiben. Da sie aber so schöne Reden halten, rennt ihnen das Volk in hellen Haufen zu, trinkt in vollen Zügen von dem Zaubertrank, der sie zu willigen Sklaven macht. Diesen Wühlmäusen ist nun auch Herr Grabski ausgesetzt.

Zwischen den politischen Parteien im Sejm ist ein sogenannter Burgfrieden geschlossen worden, um das Werk der Finanzsanierung nicht zu untergraben. Heute sieht es aus, als ob dieser Burgfrieden zerstört sei, als ob man wieder mit großer Hast nach dem Fehdehandschuh greift. Zwei Augenblicke haben dazu Veranlassung gegeben. Es ist auf der einen Seite die Ernennung des Generals Sikorski zum Kriegsminister. (Er ist an die Stelle des Generals Sosnkowski getreten.) Und obgleich beide Männer Legionsoffiziere und Mitarbeiter Pilsudskis waren, so gilt doch Sosnkowski als weniger „voreingenommen", da er schon früher auch den anderen Parteien ein gewisses Entgegenkommen zeigte. Der Name Sikorski bedeutet in dieser Beziehung ein politisches Programm. Denn seit Herr Sikorski als Ministerpräsident es „gewagt" hatte, der Nationaldemokratie ein wenig auf die Fersen zu treten, wurde er im Juni 1923 gestürzt, weil Witos und seine Partei sich mit der Rechten einigten, um zur Regierung zu gelangen. Und seit dieser Zeit spricht man von einer Wiederkehr der Linken. Gleichgültig ist, daß Sikorski im Tagesbefehl erklärte, daß er die Politik von der Armee fernhalten wolle, gleichgültig darum, daß er lediglich Fachminister ist — die Nationaldemokratie schlägt Alarm und ruft nach dem Kadi. Die Fraktionen der Rechten erteilten Herrn Grabski eine Warnung in Form einer Resolution. Wie konnte auch Herr Grabski nur, ohne die Parteien zu befragen, Herrn Sikorski zum Kriegsminister berufen? **Und diese Parteien, man höre und staune, sie erinnerten daran, daß Herr Grabski nur durch sie die Stimmenmehrheit erhalten habe, um das Werk der Finanzsanierung vornehmen zu können.**

Das sieht beinahe aus, als ob diese Parteien Herrn Grabski mit ihrem Vertrauensvotum und ihrem Ermächtigungsgesetz ein besonderes Vergnügen bereitet haben.

Eine Spannung von anderer Seite ist durch folgenden Zwischenfall hervorgerufen worden: Die führenden Gruppen der Linken (Vereinigung polnischer Volksparteien, fr. Wyzwolenie) werden von Herrn Thugutt und Dąbski geführt. Sie hielten eine größere Tagung ab und bei dieser Tagung ist im Schlußprotokoll der Partei erklärt worden, „die gegenwärtige Regierung (Grabski) unterscheide sich von der vorhergehenden (Witos-Dmowski-Korfanty) dadurch, daß in ihr ehrliche Leute sitzen!" Somit ist also gegen die Mitglieder der früheren Regierung der Vorwurf erhoben worden, daß sie eine unehrliche Regierung gewesen sei. Und es erhob sich gleichfalls ein gar großes Brausen. Der Blätterwald der Presse rauscht wie von einem Novemberwind gezaust. Zwecks Antritts des Wahrheitsbeweises für die Behauptung der Unredlichkeit der früheren Regierungsmitglieder, wobei die Wyzwolenie hauptsächlich Witos und Korfanty im Auge hat, bietet die Linkspresse nunmehr die verfassungsgemäß vorgesehene Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission an, welche die Geschäftsführung der Mitglieder der früheren Regierung einer Prüfung zu unterziehen hätte. **Wollte man tatsächlich dazu schreiten, so würde das Parlament jedoch unzweifelhaft nicht arbeitsfähig bleiben und liefe Gefahr, von der Parteiwut gesprengt zu werden.** Das Sanierungsministerium Grabski tritt in seine erste politische Krise. Mit der wirtschaftlichen kämpft es seit Wochen einen schweren Kampf, dessen Verlauf durch die neuen parlamentarischen Schwierigkeiten ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden muß.

Das sind also die augenblicklichen Schwierigkeiten, die ziemlich ernsthafter Natur sind. Daß man sie gerade jetzt ausgräbt, in einer Zeit, da die Wirtschaft sich beruhigen und emporkommen soll, ist ein Zeichen von dem Geist, der bei uns lebt.

Der Geist des Parteidogmas — der Parteikurzsichtigkeit. Das hat mit Parteiinteresse herzlich wenig zu tun, das ist ganz etwas anderes.

Herr Grabski hat es nicht leicht. Und bewundernswert wäre vielleicht seine Geduld. Denn Geduld kennt man in den polnischen Hetzkreisen nicht.

Das neue politische Kinderspiel.

Sejmsitzung vom 7. März. — Die Geheimverbände. — Die Memelfrage.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Über die Verschwörung der P.P.P., des polnischen Bereitschaftsdienstes, ist es, wie vorauszusehen war, sehr still geworden, trotz aller Erregung, die diese gewiß nicht leicht zu nehmende Verschwörerangelegenheit in den ersten Wochen aufgewirbelt hatte. Während die Linke ihre Anträge formulierte, die die Rechte und ihren Anteil an der Verschwörung bloßstellen sollte, hat die Rechte ebenfalls einen Antrag ausgearbeitet, der wiederum die Linke kompromittieren soll. Und wenn ein Ausländer nach Polen käme, der den ganzen Bühnenzauber rechts wie links, so wie er in manchen Blättern bengalisch blutrot beleuchtet wurde, für ernst nähme, so könnte er wirklich glauben, daß demnächst die beiden Heerlager aufeinander herfallen und sich wütend zerfleischen würden. Nun, so weit ist es in Polen nicht. Verschwören gehört zum Spiel, und ohne das kommen politische Kinder nicht aus. Die beiden Dringlichkeitsanträge von links und rechts sollten gestern schon im Sejm behandelt werden. Die Erörterung wurde auf heute verschoben, und niemand regte sich über diese Vertagung mehr auf. Die Gemüter waren abgekühlt. Nun kam es zu einem eigentümlichen Novum. In der Kommission war ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht angefertigt worden, und so hatten wir diesmal im Sejm statt eines gleich zwei Referenten, und im Plenum spielte sich gewissermaßen wieder der Vorgang ab, der eigentlich für die Kommission reserviert war, nämlich daß wieder über zwei Berichte abgestimmt werden mußte. Der Sozialist Prager drückte darüber sein Befremden im Sejm mit deutlichen Worten aus. Er blieb dabei, daß es sich um eine faszistische Organisation gehandelt habe, an deren Seite übrigens noch ein sogenannter faszistischer Orden sich befand. Die vorige Regierung habe diese Leute ruhig machen lassen, ohne sie in der gebührenden Weise zu verfolgen; drei Minister verhandelten mit ihnen. Und alle höheren Offiziere und Beamte, die in die Sache verflochten waren, wurden krank! Dann wurden die Ärmsten natürlich freigelassen. Bei dem General Wroczyński genügte sogar die Krankheit der Frau, um ihn zu befreien. (!) Genau wie bei gewissen Eingeborenen Australiens, wo sich der Mann ins Bett legen und schreien muß, wenn die Frau ihrer Entbindung entgegensieht. „Kuwada" nennt man das in Australien. „Was für eine Gemeinheit!" wird hier von rechts her gerufen. Sein Antrag lautet, daß die Regierung die faszistischen Organisationen energisch bekämpfen und eine fünfgliedrige Untersuchungskommission ernennen soll, die auch das Recht habe, Beamte, also auch die früheren Minister, zu verhören. Der Referent der Rechten war Herr Kozicki, der die Verschwörung der Bagiński und Wieczorkiewicz anführte, um zu zeigen, daß auch auf der Linken die gefährlichen Verschwörerorganisationen nicht fehlen; und dann wärmte er die von gewissen Blättern gebrachten Erzählungen auf, die von allerhand Linksorganisationen in Posen sprachen (und dabei selbst den General Sikorski in die Verdächtigung mit hineinzogen) . . Aber er hütete sich, die Verschwörung der P. P. P. zu billigen. Alle diese Organisationen seien noch ein Überbleibsel der unfreien Vorkriegszeit und aus den Tagen der Revolution. Jetzt seien sie sicher schädlich. Auch er ist für die Ernennung einer fünfgliedrigen Kommission. Aber der Verdacht, sich auf Verschwörungen eingelassen zu haben, ruhe gewiß nicht auf der Rechten, sondern auf den Parteien der Linken. (Natürlich!) Deshalb soll auch der Kommission das Recht gegeben werden, von allen Regierungsdokumenten Kenntnis zu nehmen und Sachverständige heranzuziehen.

Insler von der jüdischen Gruppe bemängelt es, daß die Gewohnheit bestehe, die Zahl der Mitglieder einer Kommission stets auf fünf zu beschränken. Damit wird erreicht, daß nur die großen Parteien in den Kommissionen vertreten und die Juden nicht mehr in der Lage sind, ein Mitglied in die Kommission zu delegieren. Selbst die Nationale Arbeiterpartei opfert man diesem System, nur um die Juden ausschließen zu können. (Die Deutschen kommen überhaupt nicht mehr in Frage!) Er verlangt deshalb, daß die Kommission aus sieben Mitgliedern bestehen solle, zumal auch die Juden ein Interesse an dieser Angelegenheit haben; denn zu den Programmpunkten der P. P. P. gehörte es, in erster Linie ein anderes Wahlrecht einzuführen, das den Juden und anderen Minderheiten **die Wahlberechtigung beschneiden solle.** Es wurde schließlich beschlossen, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu ernennen; die schärfere Fassung der Resolution der Minderheit wurde abgelehnt.

Es erfolgte dann die weitere Behandlung des Gesetzes über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, wobei die einzelnen Artikel zur Verhandlung kamen. — Anläßlich eines Dringlichkeitsantrages über den Stand der **Memelangelegenheit** gab der Abgeordnete Dębski einen ausführlichen Überblick über diese zwischen Polen und Litauen schon so lange schwebende Streitfrage. Es wurde schließlich die Dringlichkeit des Antrages angenommen, der auf die Wichtigkeit dieser für Polen so bedeutenden Frage und die Notwendigkeit ihrer Erledigung hinweist.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Über die deutsch-polnischen Verhandlungen wird dem „Kurjer Poznański" aus Warschau gemeldet: Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben einen im allgemeinen ruhigen Verlauf und stoßen auf keine Hindernisse. Die polnische Regierung ist in ihrer Nachgiebigkeit (!) so weit gegangen, daß sie den Befehl gegeben hat, die neuen Ausweisungen deutscher Bürger aus der Posener Wojewodschaft zurückzunehmen. Die **größten Schwierigkeiten bietet die Optionsfrage.** Die deutsche Delegation weigert sich, die Rechtskräftigkeit von Optionen anzuerkennen, die nur in der Wojewodschaft vollzogen wurden, und behauptet, daß nur eine im deutschen Konsulat vollzogene Option Rechtskraft besitzt. Die Angelegenheit ist wichtig, da auch die einseitigen Optanten kein Aufenthaltsrecht in Polen haben dürften. Die polnische Regierung steht auf dem Standpunkte, daß ein Optant jederzeit ausgewiesen werden kann, während die deutsche Regierung den Standpunkt vertritt, daß die Optanten das Recht haben, sich weiter in Polen aufzuhalten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die weiteren Verhandlungen folgende drei Thesen betreffen: 1. Die deutschen Optanten müssen Polen verlassen. 2. Die Deutschen werden das Domizilrecht verlangen. 3. Die deutschen Optanten werden so behandelt, wie andere Ausländer.

Liquidation.

Wir beginnen heute mit einem Gutachten des Prof. Brunet, Paris, dessen Ausfertigung dem deutsch-polnischen Schiedsgericht vorliegt und den Grund der Verhandlungen Deutschlands mit Polen bilden soll. Die Ausführungen sind von so wichtiger und ausschlaggebender Bedeutung, daß sie in weitesten Kreisen publiziert werden müssen. Das Gutachten wird in regelmäßiger Reihenfolge fortlaufend erscheinen.

(Die Schriftleitung.)

I.

Der Liquidationsbegriff ist ein Kriegsprodukt, dessen Präzisierung nicht ganz einfach ist. Das liegt daran, daß der Begriff während des Krieges im wesentlichen als Beschreibung eines Tatsachenkomplexes und nicht als Rechtsbegriff verstanden wurde. Obwohl nun der Versailler Vertrag in § 3 der Anlage zu Art. 299 eine Legaldefinition gibt, ist die These aufgestellt worden, daß infolge von Art. 297 b Abs. 2 („Die Liquidation erfolgt nach den Gesetzen des beteiligten alliierten und assoziierten Staates") die jeweilige Landesgesetzgebung darüber zu entscheiden habe, was als Liquidation zu gelten habe. Diese These läuft praktisch darauf hinaus, daß eine Liquidation, welche den Schutz des Art. 297 V. V. genießt, nur immer dann gegeben ist, wenn eine den nationalen Liquidationsgesetzen entsprechende Maßnahme vorliegt. Die nachfolgenden Ausführungen des Professors Brunet nehmen gegen diese These Stellung; besonders bedeutsam scheint die Art und Weise zu sein, in der die Rechtsprechung der gemischten Schiedsgerichte über die Kriegsmaßnahmen verwertet wird.

Die Auslegung der Artikel 297, 92 und 91 des Vertrages von Versailles ist auf Schwierigkeiten gestoßen mit Rücksicht auf die verschiedenen möglichen Definitionen des Begriffes „Liquidation". Die Lösung dieser Schwierigkeiten dürfte von der Antwort auf folgende zwei Fragen abhängen:

1. Was ist unter Liquidation im Sinne der Artikel 297 und 92 des Versailler Vertrages zu verstehen?

2. Darf der liquidierende Staat Güter von früheren Feinden nur im Wege der Liquidation enteignen?

Hierauf ist folgendes zu sagen:

I. Es gehört zu den elementaren Rechtsgrundsätzen, daß bei der Bestimmung der juristischen Natur eines Rechtsaktes die Meinung des Urhebers oder der Urheber dieses Rechtsaktes nicht ausschlaggebend ist. Entsteht ein Streit oder ein Zweifel über die juristische Natur eines Aktes, so erscheint es ausgeschlossen, diese juristische Natur ausschließlich nach der Form oder der Bezeichnung zu beurteilen, die ihm von seinem Urheber bzw. seinen Urhebern gegeben worden ist. Es muß vielmehr der materielle Inhalt des Aktes geprüft werden, und ausschließlich nach diesem Inhalt, unter welcher Form auch immer er sich im Einzelfall verbirgt, ist die juristische Natur des in Frage stehenden Aktes zu bestimmen.

Dieser Grundsatz ergibt sich in zwingender Weise aus dem gesunden Menschenverstand und der Billigkeit. Eine Verleugnung dieses Grundsatzes würde zu unmöglichen Folgen führen. Häufig nämlich, und durchaus gutgläubig, geben diejenigen, die irgend einen juristischen Akt vornehmen, diesem Akt eine ungenaue Bezeichnung, eine fehlerhafte Form, gerade weil sie keine Juristen sind. Mitunter kommt es auch vor, daß der Urheber eines solchen Aktes es absichtlich darauf anlegt, sich den von ihm übernommenen Verpflichtungen zu entziehen oder die ihn störenden gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, indem er einen unzulässigen Rechtsakt in die Form eines zulässigen Rechtsaktes kleidet; namentlich sind es die Steuerpflichtigen, die eine ausgesprochene Neigung haben diejenige juristische Form zu wählen, die das Gesetz mit geringen Steuern belegt, und soweit wie möglich diejenige Form zu meiden, die hohe Stempel oder Steuern nach sich ziehen.

Offensichtlich darf in allen diesen Fällen der Richter, der mit einem aus dem Irrtum oder dem bösen Glauben des Urhebers eines solchen Aktes entstandenen Rechtsstreit befaßt ist, sich nicht darauf beschränken, nur die Form des streitigen Aktes zu prüfen, und muß vielmehr die einzelnen Klauseln analysieren, um die wahre juristische Natur zu bestimmen.

II. In der französischen Rechtslehre und Rechtsprechung besteht hierüber gar kein Zweifel. Die neuesten Schriftsteller gehen bei allen ihren juristischen Konstruktionen von dem Grundsatz aus, daß die juristischen Akte lediglich

1 Dollar..............	= 9300000 Mkp.
1 Valorisationsfrank..	= 1800000 Mkp.
1 Goldfrank (Złoty)....	= 1797000 Mkp.
1 Danziger Gulden...	= 1595000 Mkp.
1 Goldmark..	= 2215000 Mkp.

nach ihrem Inhalt zu unterscheiden sind, ohne jede Rücksicht auf ihre Form oder ihren Ursprung oder ihren Urheber.

Es wird genügen, wenn hier unter denjenigen, die diesen Grundsatz am klarsten ausgesprochen haben, eins der neuesten Werke angeführt wird. In seinem Werk über die allgemeinen Grundsätze des Verwaltungsrechts (2 Auflage, Paris, Giard u. Brière, 1914) schreibt Herr Gaston Jèze, Professor des Rechts an der Pariser Universität, daß bei der Definition eines gesetzgeberischen Aktes lediglich der Inhalt dieses Aktes in Betracht zu ziehen ist und nicht die Eigenschaften seines Verfassers, ebensowenig wie die für diesen Akt gewählte Form: „um die juristische Natur (der gesetzgeberischen Akte) zu bestimmen, muß ihr Inhalt, der erstrebte juristische Zweck, erforscht werden (S. 27)“, und später: „die für den Akt gewählten Formen sind unerheblich (S. 31)“. Weiter, was die Definition eines Aktes der Rechtsprechung anbelangt: „ein Akt der Rechtsprechung ist die Kundgebung des Willens . . . die zum Zweck hat eine juristische Lage oder Tatsachen festzustellen . . . . . es kommt auf den Urheber des Aktes nicht an . . . . nach seinem Gegenstand, nach dem Inhalt der Feststellung sind die Akte der Rechtsprechung zu klassifizieren (S. 32, 33, 37)“.

III. Unzweifelhaft beanspruchen diese Grundsätze dieselbe Geltung im internationalen Recht: Sicherlich kann kein Staat, um seinen internationalen Verpflichtungen zu entgehen, unter dem Schein solcher juristischen Akte, die ihm erlaubt sind, materielle Bestimmungen verbergen, die ihm durch die von ihm unterzeichneten Verträge ausdrücklich untersagt sind.

Was insbesondere den uns hier beschäftigenden Fall anbelangt, so erscheint es nicht angängig, daß dem liquidierenden Staat überlassen wird, nach seinem Ermessen die Bestimmungen der auf die Liquidation bezüglichen Verträge anzuwenden oder sich ihnen zu entziehen, je nachdem es ihm gefällt oder nicht, die für die Liquidation vorgesehenen Verfahrensvorschriften anzuwenden. Die Liquidation ist durch die Friedensverträge gewissen Bedingungen unterworfen und muß gewisse Grenzen innehalten, widrigenfalls sie rechtswidrig erscheint und gegen die genannten Verträge verstößt. Namentlich verlangen die Friedensverträge, daß jeder neue Staat, der die Güter von Feinden oder früheren Feinden liquidiert, an die enteigneten Eigentümer den Preis für diese Güter direkt zahlt; wollte man es für zulässig erklären, daß der liquidierende Staat den ihres Besitzes entsetzten Eigentümern jegliche Entschädigung dadurch entziehen könnte, daß er dieser Besitzentsetzung irgend eine andere Form als die der Liquidation gäbe, so würde man zu der Folgerung gelangen, daß er nach freiem Ermessen die Güter aller feindlichen Eigentümer liquidieren könnte, ohne ihnen jemals eine Entschädigung zahlen zu müssen oder zum mindesten gegen bloße Zahlung einer unzureichenden Entschädigung. In einem solchen Vorgehen würde sicherlich eine Verletzung des Vertrages von Versailles zu erblicken sein, da die Liquidierung der Güter, Rechte und Interessen der feindlichen Staatsangehörigen in den neu geschaffenen Staaten nur gegen angemessene Entschädigung zulässig ist.

Man darf mithin nicht bloß auf die Form der Akte oder Entscheidungen sehen, durch welche ein Staat feindliche Eigentümer ihres Besitzes entsetzt, falls man entscheiden will, ob diese Akte oder Entscheidungen dem Versailler Vertrag entsprechen oder nicht. Es ist erforderlich, diese Akte materiell ihrem Inhalte nach zu prüfen. Kommt man bei dieser Prüfung zu dem Ergebnis, daß die in Frage stehenden Akte oder Entscheidungen die unterscheidenden Merkmale der Liquidation aufweisen, so wird man notwendigerweise annehmen müssen, daß sie denselben Bedingungen unterworfen sind, die der Vertrag von Versailles für die von ihm den neuen Staaten erteilte Befugnis zur Liquidierung feindlichen Vermögens aufgestellt hat, und daß infolgedessen diese Akte und Entscheidungen nur dann als rechtsgültig zu gelten haben, wenn dem seines Besitzes entsetzten Eigentümer gleichzeitig mit der Entsetzung eine angemessene Entschädigung gezahlt wird.

IV. Es wird erforderlich sein, die wesentlichen Merkmale der Liquidation zu bestimmen. Es wird dann möglich sein, bei Prüfung derjenigen Akte, durch welche der erwerbende Staat feindliches Gut in Besitz nimmt, festzustellen, ob diese Akte sich als Liquidationsakte darstellen oder nicht. Im § 3 der Anlage zu Abteilung IV des X. Teiles Versailler Vertrages befindet sich eine ausdrückliche Begriffsbestimmung der Liquidation. Der zweite Absatz dieses Paragraphen zählt die Liquidationen auf unter den „Verfügungsmaßregeln“, und diese Verfügungsmaßregeln definiert er wie folgt: „Verfügungsmaßregeln“ sind diejenigen, die das Eigentum des feindlichen (oder früher feindlichen) Vermögens berühren oder berühren werden, indem dieses Vermögen ganz oder zum Teil auf eine andere Person als den feindlichen (oder früher feindlichen) Eigentümer und ohne dessen Zustimmung übertragen wird.“

Sejmsitzung vom 6. März.

Das Arbeitslosengesetz. — Die Stellungnahme durch Abg. Zerbe. — Der Fall Olga Bessarabia.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Zur Verhandlung stand das Gesetz zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Im allgemeinen war die Haltung der Rechten so, daß sie sich gegen eine Einbeziehung der landwirtschaftlichen und der Waldarbeiter in das Gesetz wehrten und auch die Versicherung der Angestellten gegen Arbeitslosigkeit ablehnten. Sie begründeten ihre Haltung einerseits mit den hohen Kosten, die diese Erweiterung des Gesetzes mit sich brächte, und dann merkwürdigerweise damit, daß die Arbeitslosigkeit auf dem Lande weniger in Betracht komme, wogegen allerdings die starke Emigration und der Zuzug aus dem Lande nach den Städten zu sprechen scheinen. Die Linke, und selbstredend in erster Linie die beiden Arbeitergruppen, verlangte die Einbeziehung der Angestellten und der Land- und Waldarbeiter. Von der deutschen Fraktion sprach der Abgeordnete Zerbe zum Gesetz. Er sieht die Ursachen der heutigen Krisis und der verschärften Arbeitslosigkeit in der nun zu Ende gegangenen Periode der Konjunkturproduktion, die notwendigerweise zu einem Rückschlag führen mußte. Er schildert die verschiedenen Wandlungen, die das Gesetz durchmachte, das unter Sikorski zuerst eingebracht, dann unter Witos, aus Rücksicht auf die Staatsfinanzen wieder zurückgezogen wurde und anfänglich nur die Arbeitnehmer zu dem zu schaffenden Fonds beitragen lassen wollte. Zerbe wehrt sich dagegen, daß Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiter gemacht werden, er fordert die Einbeziehung der Wald- und Landarbeiter in die Wirkung des Gesetzes und tritt lebhaft auch für die Angestellten ein, da gerade diese sehr unter der Krisis zu leiden haben und, nach den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, materiell derart geschwächt sind, daß sie gar nicht mehr in der Lage sind, Arbeitslosigkeit zu überstehen. Er tritt dafür ein, so wie in Deutschland, auch die Unterstützungsdauer, nicht, wie es das Gesetz vorsieht, auf 13 Wochen zu beschränken, sondern sie auf 26 Wochen auszudehnen. Sehr wesentlich aber ist es, daß das Gesetz erst nach einem Monat in Kraft tritt und daß sich seine Wirkung erst nach einem Jahre bemerkbar macht, daß es also auf die heutige so schwere Krisis gar nicht einwirken kann.

Auf Antrag Żuławskis ist bereits in der Kommission eine Resolution angenommen worden, wonach die Regierung aufgefordert wird, dem Sejm einen Kostenvoranschlag vorzulegen für eine Aktion zur Linderung der Folgen der jetzigen Arbeitslosigkeit.

Putek von der „Wyzwolenie“ hatte einen Dringlichkeitsantrag gestellt, wonach die Vermögensabgabe auch auf geistliche Güter angewandt werden solle. Die Dringlichkeit des Antrags wurde mit den Stimmen der Rechten abgelehnt, wobei sich auch die deutsche Gruppe gegen die Dringlichkeit erklärte.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der ukrainischen Sozialisten wurde ebenfalls abgelehnt. Er richtete sich gegen die Verfolgungen ihrer Presse und dagegen, daß die Tätigkeit der ukrainischen Sozialdemokratie unmöglich gemacht werde.

Der interessanteste Dringlichkeitsantrag war der der Ukrainer in der Angelegenheit der angeblichen Spionin Olga Bessarabia. Diese Frau war eines noch nicht aufgeklärten Todes im Gefängnis von Lemberg gestorben. Es war dann in den Blättern eine lange Geschichte über die weitverzweigte Spionentätigkeit erschienen, deren sich die Bessarabia hingegeben haben solle. Diese Pressemitteilungen waren allerdings mit einem Eifer und einer Ausgiebigkeit verbreitet worden, die Verdacht erregen konnten. Jedenfalls glaubten die Ukrainer nicht daran, daß die Bessarabia Selbstmord im Gefängnis verübt habe, und sie ließen deutlich durchblicken, daß der Tod auf gewaltsame Weise erfolgt sei. Der Justizminister Wyganowski erklärte, die Untersuchung in ihrer Wohnung habe erwiesen, daß die ausgedehnte Spionageaktion wirklich bestanden habe. Ihre Schuld stehe also außer Frage. Es sei nicht wahr, daß die Bessarabia geschlagen worden sei, denn dann hätten sicher ihre Mitgefangenen Schreie gehört. Die Sektion der Leiche habe dann weiter deutlich erwiesen, daß Selbstmord vorlag. Die Ukrainer widersprachen dem Minister. Die Sektion habe im Gegenteil gezeigt, daß der Körper über und über mit blutigen Streifen bedeckt gewesen sei, so habe man sie geschlagen. Der Minister versprach, daß die Untersuchung, trotz der bisherigen entlastenden Zeugenaussagen, weitergeführt werde, und wenn sich nachträglich noch Anhaltspunkte für Mißhandlung oder ähnlichem ergäben, werde streng eingeschritten werden. Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt.

Die Stickstoffwerke von Chorzow.

In der Kommission für Handel und Industrie wurde eingehend über diese Werke gesprochen und dabei starke Angriffe gegen die Regierung, vor allem von sozialistischer Seite geäußert. In den vorliegenden Berichten über diese Sitzung erscheinen aber derart auffallende Fehler, daß es zunächst einmal nicht gut möglich ist, der Sache auf den Grund zu kommen. Zunächst ist einmal falsch, die Stickstoffwerke mit der „Skarboferm“ unter einen Hut zu bringen, wie dies in den Berichten irrtümlich geschieht. Über die Interpellation bezüglich der „Skarbofermgruben“ haben wir bereits berichtet. Sie befaßte sich mit der Unmöglichkeit für die Regierung, sich nähere Einblicke der in französischen Händen befindlichen „Skarbofermgruben“ zu verschaffen, bei welchen die Regierung ursprünglich Eigentümer der Mehrheit der Aktien war. Die Stickstoffwerke von Chorzow waren ursprünglich deutscher Besitz, und als Oberschlesien an Polen überging und anläßlich der Unmöglichkeit, sich zu verständigen, die deutschen Beamten und Chemiker aus den Werken zurückgezogen wurden, wurden die Werke arbeitsunfähig. Der Krakauer Professor Mościcki übernahm es dann, die Werke neu zu organisieren. Gleichzeitig übernahm die polnisch-galizische Gesellschaft „Azot“ die Verwaltung gegen eine Prämie von 2 Prozent des Gewinnes. Es gelang aber nicht, gegenüber den deutschen Fabriken konkurrenzfähig zu werden, wozu vor allem in der letzten Zeit der sehr hohe Kohlenpreis in Oberschlesien das seine beigetragen hat. Während die Kohle sich in Deutschland auf 17.80 stellt, kostet sie in Polen 33½ Zloty. Vor einigen Monaten hatte sogar der Sejm dem Unternehmen 1½ Millionen Goldmark bewilligt, um bessere Maschinen und geeignete Präparate zur Verbesserung der Produkte anzuschaffen, trotzdem aber bleiben die 18prozentigen Produkte viel zu teuer im Vergleich zu den deutschen Produkten mit 24 Prozent Stickstoffgehalt. Korfanty wollte nun die Werke in Privathände geben — natürlich in französische —, womit er eine bessere Bewirtschaftung zu erzielen hoffte. Hiergegen nahmen die Sozialisten sofort einheitlich Stellung. Die Sache wird voraussichtlich noch weitere Diskussionen hervorrufen.

Polens Zuckerkampagne.

Die polnische Zuckerkampagne 1923/24 verläuft im allgemeinen normal. Nur in einzelnen Fällen sind die Zuckerrübenlieferungen verzögert worden, sei es durch verspätete Ernten in verschiedenen Gegenden, sei es infolge von Transportschwierigkeiten, die durch Schneeverwehungen verursacht waren. Von den 70 Zuckerfabriken, die in den drei größten polnischen Verbänden vereinigt sind, haben alle den Betrieb aufgenommen. Die Gesamtzahl der beschäftigten Zuckerfabriken beträgt 76, (gegenüber 71 im Jahre 1922/23 und 68 im Jahre 1921/22). In den ersten beiden Monaten der Kampagne wurden bereits 15 250 000 Doppelzentner Zuckerrüben oder 63 Prozent der ganzen Ernte verarbeitet, wobei rd. 1,9 Millionen Doppelzentner (auf Kristallzucker umgerechnet) gewonnen wurden. Die Produktion der in den Verbänden zusammengeschlossenen Fabriken schätzt man insgesamt auf 319 150 Tonnen (auf weißen Kristallzucker umgerechnet), während die Gesamtproduktion einschl. der nicht organisierten Fabriken auf 364 150 Tonnen geschätzt wird. Die Regierung hatte den Export zunächst auf 120 000 Tonnen festgesetzt. Da sich die Ernte aber günstiger erwies, als man angenommen hatte, wurde das Ausfuhrkontingent schließlich auf 200 000 Tonnen erhöht. Dabei sind für den inländischen Verbrauch 220 000 Tonnen vorgesehen, was auf den Kopf der Einwohnerschaft Polens etwa 7,8 Kg. jährlich ausmacht (gegenüber nur 6 Kg. im Vorjahre). Die Zuckerpreise werden immer dekadenweise von den Verbänden festgesetzt, und zwar geschah dies im Vorjahre in Polenmark auf Grund des in Schweizer Frank ausgedrückten Preises, der sich nach den Zuckerpreisen der Londoner Börse richtete. Danach hätte sich aus den Zusammenstellungen für das ganze Jahr ein Durchschnittspreis von 60,77 Schweizer Frank je 100 Kg. weißen Kristallzucker ohne Akzise Parität Posen ergeben müssen. Wegen des ungeheuren Sturzes der polnischen Mark betrug der Preis in Wirklichkeit bisweilen kaum die Hälfte. Deshalb notiert die Zuckerindustrie seit dem 10. Januar d. Js. ihre Preise ausschließlich in Schweizer Frank, wobei die Umrechnung auf Polenmark nach dem täglichen Kurse erfolgt. Bereits mit dem 1. Januar d. Js. trat die Valorisierung der Verbrauchsabgabe ein, die seit diesem Zeitpunkt 35 Goldfrank je 100 Kg. beträgt. Der vom Verband der Zuckerindustrie zuletzt festgesetzte Preis betrug im Februar 66,83 Goldfrank je 100 Kg. ohne Akzise und Transportkosten für Kristallzucker, während die Preise für Raffinade um 45 Proz. geringer sind.

Von allerhand Pastoren und ihren Spitznamen.

Von Dr. Wilhelm Loewenthal.

Mit dieser kleinen Betrachtung hoffen wir unseren Lesern eine ganz besondere Freude zu machen. Herr Dr. Wilhelm Loewenthal, der so jäh aus dem Leben geschiedene Hauptschriftleiter unserer Zeitung, hat uns in seinem Nachlaß eine Arbeit hinterlassen, die wir heute beim Sichten seines schriftstellerischen Nachlasses fanden. Es ist die letzte Arbeit dieser Art, die er vor seinem Tode schrieb. Diese Betrachtung zeigt uns diesen Mann in einem besonders sympathischen Lichte. Er steht vor uns als ein Mann, der das gute Lachen kennt, als ein Mann, der Humor im Herzen hat. Stille Wehmut wird jeden beschleichen, der diese Zeilen liest. Wir wollen diese Zeilen zu uns sprechen lassen — sie haben noch einen tieferen Sinn.

Die Schriftleitung.

Daß es allerhand Pastoren gibt, wird kaum einer bestreiten wollen. Daß Pastoren auch Spitznamen haben, ist ebenso begreiflich, wie die Tatsache, daß die Schuljugend die besonderen Gewohnheiten und Eigentümlichkeiten ihrer Lehrer gern in Spitznamen verewigt. Beide Gattungen von Menschen sind dauernd den Augen der Öffentlichkeit und damit auch der öffentlichen Kritik ausgesetzt, und der Humor macht vor dem schwarzen Amtsgewand des Geistlichen ebensowenig Halt wie vor dem Wissen und der Würde des Jugenderziehers.

Von einigen mit Spitznamen behafteten Pastoren, die mir während meines Lebens über den Weg liefen oder von denen mir berichtet wurde, und von den Eigentümlichkeiten, die den Anlaß der Spitznamen bildeten, sei hier einiges erzählt.

Einen Schimpfpastor gab es in einem Ort Ostpreußens. Wenn der auf seiner Kanzel stand, und von der Schlechtigkeit der Menschheit im allgemeinen und seiner Schäflein im besonderen sprach und dann in den Reihen der vor ihm sitzenden Zweibeiniger Musterbeispiele dieser Schlechtigkeit entdeckte, dann kam es vor, daß er die Unglücklichen aufs Korn nahm und in so unzweideutiger Weise anpredigte, daß ihnen heiß und kalt wurde und sie froh waren, wenn die Predigt zu Ende war. Ob der Lebenswandel der also Angepredigten dadurch besser wurde, weiß ich nicht. Die Kirche des Schimpfpastors aber wurde immer leerer.

Den Gegensatz zum Schimpfpastor bildet der Scherzpastor. Der lebte einst in einer kleinen livländischen Stadt, nicht weit von Riga. Er glaubte die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer und ihre Herzen am sichersten dadurch zu gewinnen, daß er in seine Predigten ein Späßchen, ein volkstümliches Wortspielchen, eine kleine Schnurre einflocht. Besonders gern tat er das in der Einleitung der Predigt, und als er einst über einen Brief des Apostels Paulus predigte, da begann er damit, daß er die beiden Hände als Schallrohr an den Mund setzte und laut hinaustrompetete: „Trara, trara, — die Post ist da!“ Und dann fuhr er fort: „Was hat sie uns denn gebracht? — Einen Brief vom lieben Apostel Paulus, darin sagt er . . .“

Der Weinpastor, den es in einem Ort Schlesiens gab, hatte seinen Namen nicht etwa von dem Saft der Reben, sondern daher, daß er auf der Kanzel gern Tränen vergoß. Dasselbe tat häufig der Pastor Boje in einer großen Ostseestadt. Was lag näher, als daß er von seinen seetüchtigen Gemeindemitgliedern mit dem Beinamen Heulboje ausgezeichnet wurde?

Übrigens gab es auch einen Weinpastor im anderen Sinne des Wortes. Der lebte am Rhein und trank in allen Ehren gern ein Glas oder auch mehrere von dem Getränk, das fröhlich macht. In Wirklichkeit hieß er Feinwart, im Volksmunde Weinfahrt.

Auch hier wieder ein Gegensatz: Ein Pastor, der kein anderes Getränk trank als Wasser. Er lebte in Mecklenburg. Merkwürdigerweise mußte er gerade Frohwein heißen. Seine Gemeinde machte daraus: Trauerwasser.

Ebenfalls in Mecklenburg lebte vor vielen Jahren der Pastor Blech, der eine gar gewaltige Stimme hatte und, wenn er richtig loslegte, die Fenster zum Erzittern brachte. Er war in der ganzen Umgegend als Blechtrompete bekannt, womit aber nichts über den Inhalt seiner Predigten gesagt sein sollte.

Musikpastoren gab es schon an verschiedenen Orten, und manche Organisten, Sänger, Streicher und Dirigenten im geistlichen Gewande haben sich ein nicht geringes Verdienst um die Pflege der Kirchenmusik erworben. Als in einer Dorfgemeinde einst der erst vor kurzem dorthin berufene „Musikpastor“ den erkrankten Kantor auf der Orgelbank vertrat und — da ihm die Orgel gefiel und das Spielen Freude machte — dem Schlußchoral ein längeres improvisiertes Nachspiel folgen ließ, da sagten die Bauern: „Ja, schön spielen kann er wohl. Aber ein Kantor ist er doch nicht. Er kann ja das Ding nicht zum Stehen bringen.“

Von dem Pastor, der gern ein Gläschen trank, war oben schon die Rede. Natürlich gibt es auch Pastoren, die gern etwas Gutes essen und sich bei Hochzeiten, Taufschmäusen und ähnlichen Gelegenheiten ordentlich dranhalten. Das nimmt ihnen kein Mensch übel, und ein Bauer am allerwenigsten: der freut sich, wenn es seinem Pastor ordentlich schmeckt, und wenn er sieht, daß der gute Appetit beim Pastor auch ordentlich anschlägt, dann sagt er auch wohl mal — wie die Bauern eines pommerschen Dorfes —: „Unser Pastor Wohlbeleibt.“ Von diesem Pastor Wohlbeleibt wurde mir erzählt, daß, als er einmal einen Bauern besuchte, die Bäuerin ihm dreizehn Eier vorsetzte und daß er zwölf von ihnen hintereinander aufaß. Da nötigte ihn die Bäuerin, er möchte doch auch das dreizehnte Ei essen. Der Pastor aber sagte entrüstet: „Was denkt Ihr denn, liebe Frau? Ich habe doch keinen Bauernmagen!“

Vom Steckenpferdpastor erzählt Otto Julius Bierbaum in seinen „Sonderbaren Geschichten“: Das war ein Pastor, der entdeckt hatte, daß man die Menschen dadurch am glücklichsten macht, daß man jedem die Möglichkeit gibt, sein Steckenpferd zu reiten, und daß man jedes Menschen Steckenpferd ernst nimmt. Durch Anwendung dieser Entdeckung führt er in seinem Dorfe das goldene Zeitalter herbei: der Schuster gibt sich stundenlang dem Spielen auf der Ziehharmonika hin, der Sattler betätigt sich als Stiefeldilettant, eine halbblinde Frau sammelt Bilder und ist die Kunstkennerin des Dorfes, der Schreiner spielt ohne Vorbildung aber mit Vergnügen die Orgel, der Schlosser wirkt in seinen ziemlich reichlichen Mußestunden als Sänger, und der Pastor selbst ist in seinen vier Wänden Spiritist und Geisterbeschwörer. Sie alle aber sind glücklich, weil keiner sie hindert, ihr Steckenpferd zu reiten, und weil jeder das Steckenpferd des anderen respektiert.

Einen Pastor, dessen Beinamen ganz und gar ein Zeichen unserer Zeit ist, habe ich ganz vor kurzem kennen gelernt. Er lebt in einer großen Stadt und betreibt die Wohltätigkeit im großen. Besonders nimmt er sich der verschämten Armen an, der dem Verhungern nahen Alten und der kleinen Rentner, die keine Möglichkeit haben, etwas zu verdienen. Er geht Tag für Tag in die Banken, zu den Industriellen und zu den Großkaufleuten und bittet um ein Scherflein für seine Armen. Aber er kennt seine Zeit und weiß, daß das Papiergeld, das er heute bekommt, morgen vielleicht so gut wie nichts mehr wert ist. Und er weiß, daß er täglich wirkliche Werte zur Verfügung haben muß, um der Not, wo sie an ihn herantritt, sofort steuern zu können. Daher muß das Scherflein, das ihm gegeben wird, ein — Dollar sein. Oder mehrere. Andere Scherflein nimmt er nicht. Und da er einen bekannten Namen hat und sich großen Vertrauens erfreut, und da in seiner Stadt viele Leute sind, denen es an Dollars nicht mangelt, — so bekommt er die Dollarscherflein auch wirklich. Aber seinen Spitznamen hat er weg: wenn er durch die Straßen geht, dann sagen die Leute: „Guckt einmal, — da geht der Dollarpastor!“ Und darauf ist er gar stolz. Denn seit er der Dollarpastor ist, ist er zugleich ein Künstler im Trocknen der Tränen, ein Erwärmer der Frierenden, ein Sättiger der Hungernden.

Die schwierige Lage Polens in wirtschaftlicher Hinsicht.

Polens Wirtschaftskrise war dieser Tage Gegenstand einer Beratung des Wirtschaftskomitees beim Ministerrat. Hierbei stellte Grabski fest, daß die Bezahlung der unteren Angestellten höher sei als das Friedensgehalt der ehemaligen österreichischen Beamten. Was die Erhöhung der Arbeitsleistungen betraf, so sprach sich der Minister gegen eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit aus und meinte vielmehr, daß man die Zahl der (allerdings sehr reichlichen) polnischen Feiertage verringern müsse. Ein dahingehender Gesetzentwurf soll dem Sejm demnächst unterbreitet werden. (Da es sich hier in der Hauptsache um die katholischen Feiertage handelt, wird wohl vor allen Dingen die Aufnahme von Verhandlungen mit den kirchlichen Instanzen erforderlich sein, die — wie schon vor einiger Zeit verlautete — jedoch geneigt sein sollen, in eine gewisse Verringerung der namentlich im Winter sehr dicht zusammenfallenden Feiertage einzuwilligen.) In der Aussprache wurde u. a. näher darauf eingegangen, wie groß das Mißverhältnis zwischen den in- und ausländischen Preisen ist, das nicht nur den polnischen Export sehr behindert, sondern auch den Import ausländischer Waren nach Polen außerordentlich begünstigt. Dies trifft bekanntlich besonders auf tschechoslowakische Textilwaren zu, die sich trotz der hohen Zölle billiger als die Lodzer Baumwollwaaren stellen und die auch unter viel günstigeren Kreditbedingungen verkauft werden (gegen Drei- bis Sechsmonatswechsel bei 6 bis 8 Proz., während die Lodzer Fabrikanten höchstens auf sechs Wochen Wechsel annehmen). Eine Änderung erwartet man nur von einer Herabsetzung der Unterhaltskosten und Arbeitslöhne.

Republik Polen.

Der Dollarvorrat der P. K. K. P.

Der letzte Valutenausweis der Landesdarlehnskasse vom 29. Februar weist einen Valutenvorrat von ungefähr 16 Millionen Dollar auf, d. h. 2½ Millionen Dollar mehr als am 20. Februar.

Die neuen Bestimmungen wegen Auslandsreisen.

Das Finanzministerium erklärt im Zusammenhang mit den Gebühren für Auslandspässe, daß Kaufleute, die sich in Handelsgeschäften ins Ausland begeben, Künstler, Literaten und Journalisten, die in kulturell-künstlerischen Angelegenheiten reisen, Jugendliche, die im Auslande studieren wollen, und Kranke, Gebührenermäßigungen genießen und keine Erschwernisse haben werden.

Vor Verhandlungen mit Rußland.

Wie die Warschauer Blätter melden, begibt sich der Departementsdirektor Tennenbaum demnächst nach Moskau, um Unterhandlungen über den polnisch-russischen Handelsvertrag zu beginnen.

Ein Komitee für kleine Sparer.

Beim Finanzministerium ist ein Komitee für kleine Sparer gebildet worden, dessen Ziel die Bearbeitung von Gesetzen und Verordnungen ist, die die Angelegenheit der kleinen Sparer und die Sparpropaganda unter den breiten Schichten der Bevölkerung betreffen. Das Komitee setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, die Bankkreisen entstammen. Unter anderm gehört dem Komitee der frühere Minister Linde, leitender Vorsitzender der Postsparkasse, an.

Beschluß Wilnas in der Memelfrage.

Die Wilnaer Stadtverordnetenversammlung hat einen Beschluß gefaßt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Blockade des Njemen durch Litauen die Entwicklung des Wirtschaftslebens des Wilnaer Gebietes in ertötender Weise beeinflußt. Das einzige Mittel zur Beseitigung der Sachlage wäre der Transit für polnische Waren durch Litauen und die Teilnahme Polens an der Memeler Hafenverwaltung. Dieser Beschluß wurde dem Außenministerium übermittelt.

Frankreich über Polens Finanzsanierung.

Die Pariser „Agence Economique et Financiere" veröffentlicht unter dem Titel „Die endgültige Lösung der Valutafrage in Polen" einen umfangreichen Artikel ihres Warschauer Korrespondenten, der die Genesis und die Entwicklung der Organisationsarbeiten zur Öffnung der Bank Polski bespricht. Der Artikel enthält eine eingehende Analyse des Statuts, hebt den Privatcharakter der Emissionsinstitution hervor und gibt die einzelnen Subskriptionsbedingungen an. Der Korrespondent nennt die Eröffnung der Bank Polski die Krönung der Sanierungsaktion.

In kurzen Worten.

Der Deutsche Reichstag liegt in den letzten Zügen. Die Auflösung wird wahrscheinlich schon am Mittwoch erfolgen. Die Reichstagsneuwahlen werden in den Mai verlegt werden. Der genaue Termin steht noch nicht fest.

*

Im Deutschen Reichstag hat Dr. Stresemann eine große Rede gehalten, in der er sich scharf gegen Helfferich wandte. Dr. Helfferich hatte nämlich zuerst im Auftrag der deutschnationalen Fraktion gesprochen. Die Gegner nennen seine Rede eine große oratorische Leistung. Er wollte seine Rede nicht allein als Wahlrede halten und er deutete an, daß die Mitglieder seiner Partei sehr bald an der Spitze Deutschlands stehen würden. Er erklärte, daß die Deutschnationalen im schroffen Gegensatz zur Ludendorff-Rede im Hitlerprozeß stehen, der bekanntlich die Katholiken scharf angegriffen hat. Stresemann erwähnte, daß Helfferichs Rede das Ansehen des Reiches untergrabe. Die Rede Stresemanns war in der Hauptsache auf Erfüllungspolitik eingestellt. Wir behalten uns vor, auf diese beiden Reden noch zurückzugreifen.

*

An der gestrigen Pariser Börse hat der Frank wieder einen starken Sturz erlitten. Das englische Pfund stieg von 105.80 af 108.30 und der Dollar ging von 24.50 auf 25.25. Das französische Papiergeld ist in der letzten Woche um 921 Millionen vermehrt worden, die Steigerung in der Vorwoche betrug 450 Millionen, so daß sich also innerhalb 14 Tagen der Notenumlauf um 1371 Millionen vergrößerte.

*

Der Wiener Bankbeamtenstreik, der sehr lange währte, ist nun endgültig beigelegt worden. Die Einigung über die Kassenstunden und generelle Gehaltserhöhung ist erfolgt. Die Arbeit wird sehr bald aufgenommen werden.

*

Da jetzt in Deutschland der Ausnahmezustand aufgehoben wurde, sind die Kommunisten aus ihrem Schlaf scheinbar erwacht. In Zittau sind wieder gestern zwei Bombenattentate verübt worden, durch die zwei industrielle Unternehmen beschädigt wurde.

*

Der bisherige Ministerpräsident Theunis hat nunmehr endgültig die Neubildung des Kabinetts übernommen.

*

Aus Neuyork wird gemeldet, daß die chinesische Stadt Tschau-Zun in der Provinz Schantung durch einen ungeheuren Brand zerstört wurde. Die Ursache ist eine umgeworfene Stalllaterne, die einen Stall und die Nachbarhäuser in Brand setzte. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich. 300 Menschen sind verbrannt, 400 Menschen sind schwer verletzt. Zehntausende Bewohner sind ohne Obdach.

Herr Poincaré droht wieder mit dem Rücktritt.

Widerstand im Senat. — Heftige Szene in der Finanzkommission des Senats. — Die Ermächtigungsgesetze stehen auf dem Spiel.

Herr Poincaré, der am kommenden Montag von der Finanzkommission des Senats in der Angelegenheit der Ermächtigungsgesetze gehört werden sollte, hat sich gestern in Begleitung des Finanzministers unerwartet im Palais de Luxemburg eingefunden. Er verlangte, von der Kommission auf der Stelle gehört zu werden. Im Verlauf einer kurzen, sehr lebhaften Aussprache, erklärte Poincaré, daß er auf der Ratifikation sämtlicher Dekrete, die von der Kammer angenommen worden seien, sofort bestehen müsse. Im Falle, daß die Senatskommission die Arbeit nicht am Dienstag erledigen werde und ihm keine Gelegenheit zur Eröffnung der Aussprache gebe, würde er sofort dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreichen.

Im Angesicht dieses Ultimatums ist die Senatskommission sofort zu einer Beratung zusammengetreten und sie hat dem Ministerpräsidenten erklärt, daß sie bereit ist, ihn am Freitag oder Sonnabend früh in dieser Woche zu hören. Poincaré hat darauf schriftlich geantwortet, daß de Lasteyrie Freitag früh im Namen der Regierung die erforderlichen Aufschlüsse zu erteilen berechtigt sei.

Darauf hat sich der Senat sofort mit dem Projekt über die Wahlreform befaßt und den von der Kammer gebilligten Entwurf mit 141 gegen eine Stimme angenommen. Die Vertreter der Linken, welche die Rückkehr zu den Bezirkswahlen forderten, haben sich bei der Abgabe ihrer Stimme enthalten. Das Ergebnis der Abstimmung, an der sich die Hälfte aller Senatoren nicht beteiligte, wurde von diesen mit ironischen Zwischenrufen aufgenommen.

*

Die Wege, die Herr Poincaré nunmehr geht, sind nicht uninteressant. Er fühlt, daß der Widerstand in der Kammer und im Senat immer energischer sich gegen ihn wendet; daß aber auf der anderen Seite die Zahl der Mißvergnügten noch nicht so groß ist, um ihn ins Wanken zu bringen. Die Senatoren und Abgeordneten der Kammer haben noch nicht den rechten Entschluß gefaßt, und diese Tatenlosigkeit, diesen Mangel an Entschluß macht sich Herr Poincaré sehr gewandt zunutze. Er droht einfach mit der Demission, um die eingebrachten Gesetze durchzubringen. Dadurch muß zuerst die Kammer, und dann der Senat nach seinem Willen handeln. Freilich ist das nur ein Pyrrhussieg, und er wird sich dessen nicht lange erfreuen. In Wirklichkeit ist nämlich diese Abstimmung alles andere als eine Vertrauenskundgebung, denn wenn sich die Hälfte der Abstimmenden ihres Stimmrechtes enthält —, so ist das gerade nicht ein überwältigender Erfolg. Bis heute hat der erhobene Zeigefinger des Herrn Poincaré noch geholfen, ob das aber sehr lange anhalten wird, ob man immer so wollen wird wie er will, das scheint uns doch ein wenig zweifelhaft zu sein.

Verstimmungen — grobe Behandlung.

Herr Poincaré hat der Finanzkommission des Senats eine heftige Szene gemacht, seine Nerven sind nun einmal in diesen Tagen wieder reizbar wie noch nie. „Oeuvre" hebt hervor, daß die Senatoren sehr verstimmt seien und daß ihnen besonders die grobe Behandlung nicht gefällt, die er dem Präsidenten der Kommission zuteil werden ließ. Nach dem „Oeuvre" hat sich der Kommissionspräsident nur eine bescheidene Anfrage erlauben wollen, die mit den Worten begann: „Herr Ministerpräsident...", worauf ihm Poincaré mit scharfen Worten zurief: „Sparen Sie sich den Herrn Ministerpräsidenten!" Die Blätter der Linken haben die Überzeugung, daß die Ermächtigungsgesetze auf dem Spiele stehen, und daß darüber sogar unter den Anhängern Poincarés Unentschlossenheit vorherrschend sei.

„Oeuvre" will wissen, daß im Verlaufe des gestrigen Ministerrats Poincaré beschworen wurde, nichts gegen die Finanzkommission zu unternehmen. Diese hat bekanntlich ein Projekt ausgearbeitet, wonach auf dem Weg besonderer Reformen rund 700 Millionen Frank Ersparnisse erzielt werden sollen, wodurch die meisten Ermächtigungsgesetze aber hinfällig würden. Falls Poincaré auf seinem Standpunkt besteht, und die restlose Annahme aller Finanzmaßnahmen im Senat erzielen will, so glaubt man, daß er bestenfalls eine Mehrheit von sechs Stimmen für sich haben wird.

Währungsreform in Lettland.

Der lettische Finanzminister Ringold Kalning hat dem Ministerkabinett ein Geldreformprojekt eingereicht, in dem die Einziehung der bisherigen Staatskassenscheine und Ausgabe von Metallgeld und sichergestellten Banknoten der Lettlandsbank vorgeschlagen wird. Das Finanzministerium ist zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die gegenwärtigen Staatsmittel den Auskauf des Papiergeldes gestatten. Der Staatsgoldfonds ergibt eine Summe von etwa 14 700 000 Lats. In dem Besitz des Finanzministeriums befindet sich zudem noch ausländische Valuta im Werte von mehr als 16 Millionen Lats, die durch Flachsoperationen eingenommen wurden. Die Gesamtsumme dieser Werte macht fast zwei Drittel aller Emissionen der Staatskasse aus. Das Finanzministerium befindet die Liquidierung des Papiergeldes für erforderlich, indem zuallererst so viel Papiergeld aus dem Verkehr gezogen und vernichtet werden muß, als bisher Metallgeld emittiert werden wird; das sind etwa 25 Millionen Lats. Dagegen hofft man den Rest durch die Latvijas Bank einzulösen, indem sie den Staatsgoldfonds erhält und für den noch fehlenden Betrag Auslandsvaluta, d. i. die Staatsreserve. Für diese Summe wird die Latvijas Bank erstens sichergestellte Banknoten emittieren und gleichzeitig damit die entsprechende Summe Papiergeld aus dem Verkehr ziehen und vernichten.

Die Note über die Militärkontrolle überreicht.

Gestern abend ist dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn Dr. v. Hoesch die Antwortnote der Botschafterkonferenz wegen der interalliierten Militärkontrolle überreicht worden. Es ist im französischen Ministerrat beschlossen worden, den Wortlaut der Note nicht eher zu veröffentlichen, als bis sie sich in den Händen der deutschen Regierung befindet.

*

Von den französischen Morgenblättern wird die Note, obwohl ihr genauer Wortlaut nicht feststeht, sehr günstig (!) beurteilt. Es wird versichert, die gestrigen Besprechungen der Botschafter hätten gezeigt, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England in der Frage der interalliierten Militärkontrolle mit überraschender Leichtigkeit erzielt worden sei.

Nach der „Chikago Tribune" hat die Note der Botschafterkonferenz ungefähr folgenden Inhalt:

Das Deutsche Reich wird aufgefordert, auf eine Note der Verbündeten vom 17. Oktober 1922 unverzüglich zu antworten.

Das Deutsche Reich müsse ferner auf der Stelle ein Gesetz annehmen, auf Grund dessen die Herstellung von Waffen untersagt wird.

Ferner müsse die Reichsregierung sämtliche militärischen Dokumente, die sich zur Zeit des Waffenstillstandes in Berlin befanden, den Verbündeten ausliefern.

Deutschland habe sämtliche Munitionsfabriken in Friedensbetriebe umzuwandeln.

Was die Schupo anbelangt, so sei sie durch einen besonderen Geseverlaß aufzulösen und durch die Sicherheitspolizei zu ersetzen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dürfe in Zukunft die Staatspolizei nicht länger herangezogen werden.

Schließlich wird die Reichsregierung aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, wonach die Ein- und Ausfuhr von Waffen verboten wird. Außerdem müsse Deutschland die Reichswehr auf ein „notwendiges Mindestmaß" herabsetzen.

Der Zwischenfall ist beigelegt.

Die Fortsetzung des Münchener Prozesses. — Die Verteidigung entschuldigt sich. — Weitere Vernehmungen. — „... unter Todesstrafe verboten ..."

Der Verteidiger, Justizrat Kohl, gibt heute wegen des gestrigen Zwischenfalles im Hitlerprozeß eine Erklärung ab, in der er sich bei dem ersten Staatsanwalt wegen seiner scharfen Angriffe entschuldigt und den Vorfall bedauert. Er verbeugt sich vor dem Staatsanwalt, indem er grüßend sein Barett abnimmt. Hierauf wird von Justizrat Schramm erklärt, daß er im Namen der Gesamtverteidigung mitteilen solle, daß die Verteidiger stets bemüht sein werden, dafür einzutreten, daß der Prozeß in sachlicher Weise sich fortentwickele. Auch der Vorsitzende des Volksgerichts geht noch einmal auf die gestrigen Vorfälle ein und betont, daß das Gericht für den Fall, daß weitere Angriffe erfolgen sollten, das Verfahren gegen den einen oder den anderen Angeklagten abtrennen würde, um die ordnungsmäßige Durchführung des Prozesses gegen den Angeklagten vorzunehmen.

Damit ist der Vorfall erledigt und der „Pressechef" Kahrs, Hauptschriftleiter Adolf Schiedt, wird vernommen. Rechtsanwalt Roder erhebt Einspruch gegen die Vereidigung dieses Zeugen, da er seiner nahen Beziehungen zu Kahr wegen an dem Unternehmen nicht ganz unbeteiligt zu sein scheine. Schiedt wird daher zunächst unvereidigt vernommen, aber darauf aufmerksam gemacht, daß er seine Aussage so einrichten müsse, daß er sie auch später unter Eid stellen könnte.

Schiedt berichtet über die Versammlung im Bürgerbräukeller, die unter seiner Mitwirkung zustande kam und über die „Konferenz der patriotischen Männer", auf der alles Notwendige besprochen worden sei. Man hielt baldiges Handeln für nötig, weil die Hoffnung auf Errichtung einer „nationalen Regierung in Berlin" sich immer wieder verzögert hatte. Schiedt schildert schließlich den Überfall durch Hitler sehr eingehend und betont, daß er den Eindruck gehabt habe, daß ein starker Druck notwendig gewesen sei, um die Herren Kahr und Lossow zu ihrer eingenommenen Haltung zu veranlassen. Bezüglich Kahrs hat Schiedt allerdings den Eindruck, daß ein Diktator, der sich mit der Waffe nötigen lasse, seine Gesinnung zu ändern, erledigt sei, weil er kein Führer aus eigenen Entschlüssen mehr wäre. An eine Komödie glaubt Schiedt nicht. Er schildert dann eingehend seine Erlebnisse während der Nacht. Er hat sich im Auto zu Kahr in die Kaserne der Reichswehrtruppen begeben und von dort aus nach langem Bemühen in Kahrs Auftrag das Erscheinen der Münchener Morgenblätter unter „Todesstrafe" verboten. (Die Blätter sind bekanntlich doch erschienen.)

Als Schiedt späterhin eine Reihe von Fragen der Verteidigung mit der Begründung beantwortet, daß er vom Generalstaatskommissar nicht von seinem „Amtsgeheimnis entbunden worden sei, soweit er über die Vorgänge, die mit dem 8. und 9. November in unmittelbarem Zusammenhang stünden, aussagen soll, wird die Frage angeschnitten, wieweit Schiedt überhaupt als Amtsperson zu betrachten sei. Staatsanwalt Ehardt betont, daß die Staatsanwaltschaft anfangs auch auf dem Standpunkt gestanden habe, daß Schiedt in seiner Eigenschaft als Pressechef Kahrs Beamtencharakter trage und hat deswegen selbst die Enthebung Schiedts von seinem Amtsgeheimnis angeregt. Die Staatsanwaltschaft will jedoch, um die Frage grundsätzlich zu klären, einen Beschluß des Gesamtministeriums herbeiführen.

Nach Schiedt wird als weiterer Zeuge der General außer Dienst Graf Bothmer vernommen.

Letzte Meldungen.

Eine neue Rede Mac Donalds.

London, 8. März. Mac Donald hat am Freitag auf einem großen Meeting in Brighton, das von dem Obersten Rat der Freien Kirche in England einberufen war, eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Durch die Macht der Ereignisse sind wir berufen, unseren christlichen Glauben den neuen Bedingungen des sozialen Lebens anzupassen. Die christlichen Gemüter müssen sich der Notwendigkeit anpassen, eine Lösung für das Problem des Pauperismus zu finden. Gegenstand dieser Studien müßte irgendeine große Konzeption des Umbaus des sozialen Lebens auf dem Wege sozialer Evolution sein. Der Redner glaubt an die Zukunft der sozialistischen Verfassung. In der Frage der nationalen Selbstverteidigung sagte der englische Premer: Auf diesem Gebiete bemüht sich unsere Regierung, die Sicherung der unabhängigen Existenz unserer Nation in der Anstrengung des menschlichen Geistes zu finden, der es in seiner Jahrhundertarbeit zu der heutigen Entwicklung des Flugwesens gebracht hat. Das ist zweifellos ein ungeheurer Fortschritt im Vergleich zu den früheren Verteidigungsmitteln, wobei wir uns jedoch sagen müssen, daß trotzdem der Grad unserer Sicherheit keine große Besserung erfahren hat. Zum Schluß verurteilte Mac Donald sowohl die Aussperrungen, als auch die Ausstände, die Uneinigkeit unter den Angestellten der Industriewelt und das Stiften innerer Verwirrung. Diese Mittel nannte der Premier kindisch und dumm.

Die Konferenz in Kowno.

Die Kownoer Konferenz wird am 28. März beginnen. Lettland und Estland wird von denselben Delegierten vertreten werden, wie in Warschau. Finnland entsendet keinen Delegierten, sondern nur einen Beobachter.

Ein Spionageskandal.

Warschau, 8. März. Der „Expreß Wieczorny" schreibt: In der vorvergangenen Nacht nahmen die Polizeibehörden in den Wohnungen mehrerer Militärbeamten eingehende Haussuchungen vor. Es wurde belastendes Material gefunden, das darauf hinweist, daß diese Beamten gewisse Urkunden und technische Pläne aus ihren Ämtern hinausgetragen und sie den Sowjets ausgeliefert haben. In Zusammenhang damit verhafteten die Sicherheitsbehörden mehrere in diese Affäre verwickelte Personen. Es handelt sich hierbei um eine regelrechte wohldurchdachte militärische Spionagegeschichte. Wie mitgeteilt wird, sind Offiziere hieran nicht beteiligt. Es wurde unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet. Die Affäre zieht immer weitere Kreise.

Die glückliche Geburt eines

gesunden Jungen

zeigen hocherfreut an

Curt Schlke und Frau
Eva, geb. Wienecke.

Diebowen bei Nikolaiken (Ostpr.), den 4. März 1924.

Tischlerleim „Strem"

in unerreichter Güte, Leder- und Knochenleim

Speise-Gelatine

und technische

Glycerin, Olein, Stearin
Knochenmehl, Superphosphat

Fabrikverkaufsstelle u. Lager der „Strem"-Fabrikate

„CHEMIPOL", Poznań, Młyńska 9

Tel. 10-78. Tel. 10-78.

Streng Original-Fabrikpreise

Ankäufe u. Verkäufe

Photograph. Apparat,

×12 oder 12×15 zu kaufen **gesucht.** Nur erstklassiges Fabrikat kann in Betracht kommen. Angebote u. **5751** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Eleg. Selbstfahrer

(vierrädrig) zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. **10.354** an **„PAR".** Fr Ratajczaka 8.

Gut erhalt. Guitarre

zu kaufen gesucht Off. m. Preis u. **P. 5809** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Empfehlen zur Anschaffung:
Przewodnik po Poznani, Kl. 8º. 208 S. m. Illustr. Poln. Text. **1 500 000 M.**
Wir bieten antiquarisch an:
v. Mayer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen, vier Bde., geb.
Karl May's Werke, 46 Bde., wie neu, geb., nur zusammen verkäuflich.
Neu:
Kl. Wörterbuch für Hütten- und Maschinenleute.
Laubert, Verwaltung der ehemaligen Provinz Posen. 1815—1847.
Dr. Ritter, Die Krebskrankheit.
Konrad, Kleine polnische Etymologie.
Prof. Dr. R. Węglowski, Chirurja operacyjna.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.
Abt. **Versandbuchhandlg.**

Zur Anschaffung empfehlen wir:

Posener Sprachführer

Polnisch-deutscher Wegweiser

enthaltend:

Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektrische Straßenbahn — Post — Gericht — Allerhand Aufschriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf Geschäftsschildern — Speisekarte — Deutsches Register usw.

Preis M. 500 000.—,

nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznan, Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).

Koks-, Kohlen-Holz-Anfuhr.

Abfuhr von Waggonladungen, Gespanngestellung übernimmt

„Britania"

Inhaber **Georg Prügel,** ul. Jeżycka 41 I. Tel. 1677.



Hebamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen.
R. Skubińska,
Bydgoszcz-Wilczak,
Nakielska 17 2 Tr.

Hebamme Grylkowska

Privatklinik für Wöchnerinnen.
Bydgoszcz
Długa 5. Tel. 1673.



1—2 möbl. Zimmer

evtl. kann auch eines unmöbl. sein, **sucht besserer Herr** Nicht höher wie 2 Etage. Gefl. Offerten unter **Nr. 5817** an die Geschäftsstelle dieses Blatt.



Französisch. und engl. Unterricht

erteilt gewissenhaft gegen mäßiges Honorar. Gefl. Offerten unt. **B. 5550** an d. Geschäftsst. d. Blattes.

Studentin,

Warschauerin, erteilt polnischen Unterricht. Offerten unt. **5815** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Sie ersparen viel Geld durch Reklamation der Frachtbriefe.

Unentgeltliche Prüfung aller eingesandten Frachtbriefe und gegen mäßiges Honorar wird erfolgreiche Reklamation ausgeführt, durch das (5754

Reklamationsbüro
E. Kolmann, Poznań,
Przecznica 7. Tel. 5433.
(am Zoologischen Garten).

1 Milliarde

verleihe gegen Aktiensicherheit zu 20 % vierteljährlich. Off. unter **L. 5840** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

25—30 000 Mk.

zur I. Stelle auf ein **Hausgrundstück** in Deutschland oder stillen **Teilhaber** mit gleich. Kapital für ein Unternehmen in Deutschl. **gesucht.** Angeb. unter **M. 5627** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Rasiermesser, Kämme, Bürsten, Spiegel, Parfüms, Haarnetze empfiehlt en gros & en détail

St. Wenzlik, Poznań,
Aleje Marcinkowskiego 19.

Billige grosse Auswahl in

Toilettenseifen und Waschseifen

empfiehlt
Nowa Drogerja,
Poznań, Wrocławska 38,
und Filiale
Rynkowa Drogerja,
ul. Rynkowa.

Fensterglas

2 3, 4 mm.
Rohglas 5 mm.
Drahtglas 6 mm.
Glaserkitt eig. Fabrikation
Glaserdiamanten
liefert preiswert **M. Warm**
früh. **L. Zippert, Gniezno**
Telephon 116.

Grauen Haaren

gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder
„Axela" Haar-Regenerator
J. Gaebusch,
Poznań, Nowa ul. 7

Schellack, Tischlerleim Glaspapier, Beizen, Anilinen (Arti), Lacke, Firnisse, Farben und Pinsel empfiehlt billigst
Nowa Drogerja,
Poznań, Wrocławska 38,
und Filiale
Rynkowa Drogerja,
ul. Rynkowa.

Empfehlen zur sofortigen Lieferung:

Chilisalpeter Superphosphat

für Getreide aus neuer Ernte sowie gegen fertiges Getreide.
Ab unseren Lagern:

Thomasmehl, schwefelsaures Ammoniak, Kalkstickstoff, Kalisalze.

Wir kaufen zu guten Preisen zur Abladung März/April:

Saatkartoffeln von frühen bis späten Sorten anerkannte u. nichtanerkannte.
Speise- und Fabrikware.

Offerieren günstigst auf eigenen Reinigungsanlagen bestens gereinigte erstklassige

Klee-, Gras-, Rübensaaten, Hülsenfrüchte, Sommergetreide.

Poznański Bank Ziemian A.-G.

Landw. Handels-Abteilung

Zentrale: Poznań, Podgórna 10.

Filialen: Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów, Katowice, Warszawa, Wilno.

B. MANKE

Papier- u. Schreibwaren

Gegr. 1874. Gegr. 1874.

Poznań, Wodna (Wasserstr.) 5
(am Alten Markt)
empfiehlt sämtliche

Bürobedarfs- und Schulartikel

Geschäftsbücher · Briefordner
Kautschukstempel

Fettdichte Pergamentpapiere für Molkereien etc.

Stralsunder Spielkarten

Schachbretter u. Schachfiguren.

Lampenschirme und Teepuppen

werden angefertigt bei
Lewinsohn b. Ulrich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 36 I. r.

Landwirt,

30 Jahre alt, Pole, 4000 Zentner Getreidevermögen, tadellose Vergangenheit, nahe Posen, wünscht zwecks **Heirat** eine **Dame** kennen z. lern. Bevorzugt wird eine Besitzerin od. Erbin eines Gutes, welches der Liquidation unterliegt. Gefl. Schreiben, eventl. mit Bild, welches sofort zurückerstattet wird, unter **F. 5814** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb. **Diskretion strengste Ehrensache.**

Hilfsverein deutscher Frauen

Posen, Wały Leszczyńskiego 2 Telephon 2157) **sucht Stellung** für **Haustöchter, Haus- und Büroangestellte, landwirtschaftliche Angestellte, Handwerker, Boten, Wächter, Arbeiter.**

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend, den 9. 3., 7½ Uhr: **„Lohengrin",** Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sewilski.
Sonntag, den 9. 3., nachm.: **„Glocken von Corneville",** Komische Oper von Planquette. (Erm. Preise.) — Abends: **„Kuhreigen",** Oper von Kienzl.
Montag, den 10. 3.: **Theater geschlossen** (wegen Generalprobe).
Dienstag, den 11. 3.: **„Dämon",** Oper v. Rubinstein. (Abonnement ungültig)
Mittwoch, den 12. 3.: **„Die Hugenotten",** Große Oper von Meyerbeer.
Donnerstag, den 13. 3.: **„Eugen Onegin",** Oper von Tschaikowski.
Freitag, den 14. 3.: **„Aida".** Oper von Verdi. Gastspiel: des Herrn M. Sewilski.
Sonnabend, den 15. 3.: **„Dämon",** Oper v. Rubinstein.
Sonntag, den 16. 3., nachm.: **„Faust",** Oper v. Gounod. (Ermäßigte Preise.) - Abds.: **„Der Zigeunerbaron",** Komische Oper von Strauß.

Sonnabend u. Sonntag

sind die letzten beiden Tage, an denen

„Die Frau ist veränderlich"
und Halbe's „Jugend"

zur Vorführung gelangen. 12 gleichzeitig mit einem ganz ungewöhnlichen Erfolg vorgeführte Akte.

Montag und folgende Tage

das nach dem bekannten Scribe'schen Roman
„Ein Glas Wasser"
bearbeitete Film-Kunstwerk unter dem Titel

„Wenn Frauen regieren".

Eine köstliche Komödie, die überall einen ungewöhnlichen Beifall findet.

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6.

Kaufmännischer Verein.

Montag, den 10. d. Mts. 8½ Uhr:

Klubabend mit Damen

Vorträge.
Nur für Mitglieder

Der Vorstand.

Alt-Blei

von alten Bleiröhren (Weichblei), sowie alle leere Zinn- u. Bleituben kauft jedes Quantum

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Der Kampf um die Freiheit der Presse.

Es scheint so, als ob die Presse in Polen wieder vor neuen Komplikationen stände. Eine gewisse Unruhe macht sich wieder bemerkbar, weil vor allen Dingen im ehemals russischen Teilgebiet der Artikel 305 des Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen soll, der die Redakteure der Zeitungen mit Gefängnis- und Geldstrafen belegt, und zwar dann, wenn sie irgendwelche Nachrichten veröffentlichen, die während eines Verfahrens oder einer Voruntersuchung, überhaupt vor Erledigung eines Prozesses noch nicht geklärt sind. Die Gefahr, die hier der Presse droht, ist sehr groß und richtet sich nicht so sehr gegen die Presse im ehemals preußischen und ehemals österreichischen Teilgebiet. Aber sie umfaßt dafür jede Zeitung in Kongreßpolen, gleichgültig welcher Richtung und Partei. Aus diesem Grunde machen sich Widerstände und Proteststürme bemerkbar. Sehr interessant und lehrreich ist da ein Artikel im „Expreß Poranny“, der in Warschau erscheint. Es heißt dort u. a.:

„Seit einiger Zeit mehren sich in Polen die Presseprozesse, die auf Grund des Artikels 305 des Strafgesetzbuches gegen die Redakteure angestrengt werden. In diesem Artikel sind Gefängnis- und Geldstrafen für Personen vorgesehen, die sich der Veröffentlichung von während eines Verfahrens oder einer Voruntersuchung ermittelten Einzelheiten vor der Gerichtsverhandlung oder vor Erledigung des Prozesses zuschulden kommen lassen. Dieser Artikel ist typisch für die russische Gesetzgebung, die sich mit der Knebelung der Freiheit des Wortes im allgemeinen und der Presse im besonderen abgibt. Und in der Tat — die polnischen Gerichte bezogen sich bisher auf diesen Artikel nicht. Erst die letzten Monate brachten in dieser Beziehung eine für das gegenwärtig herrschende Verhältnis der Gerichtsbehörden zur Presse sehr bezeichnende Änderung.

Man muß sich vergegenwärtigen, in welchen Fällen die russische Staatsanwaltschaft den Artikel 305 anwandte. Dies geschah dann, wenn es sich darum handelte, sich an einem Blatt zu rächen, das gewagt hatte, die Vertuschung gewisser Angelegenheiten hochgestellter oder einflußreicher Personen nicht zuzulassen.

Konnten andere, formelle, Vorwürfe nicht gemacht werden, so wurde die Zeitung der Veröffentlichung von Einzelheiten der Voruntersuchung angeklagt und schonungslos verurteilt.

Wir verwerfen den Gedanken, daß die polnische Staatsanwaltschaft sich von ähnlichen Beweggründen leiten lassen könnte, ganz entschieden; aber gerade deswegen kommt das ständige Berufen derselben auf diesen drakonischen Artikel uns so seltsam vor. Wenn ein Blatt diesen Artikel genau befolgen wollte, dann könnte es außer von Berichten über Gerichtsverhandlungen, ja überhaupt nichts drucken, denn jede Lokalnotiz über irgend einen Vorfall oder irgend ein Verbrechen kann schließlich als „eine vor der Untersuchung oder Voruntersuchung veröffentlichte“ Nachricht aufgefaßt werden. Und was unter solchen Umständen eine Zeitung überhaupt noch wert sein kann, das kann sich jeder halbwegs intelligente Mensch wohl denken.

Die Strafbarkeit des Bekanntgebens von Einzelheiten aus der Untersuchung sollte nur in zwei Fällen möglich sein: 1. wenn sich dies ein Beamter erlaubt, der Zutritt zu den Akten hat, und 2. wenn ein Blatt diese Einzelheiten auf Grund von auf ungesetzlicher Weise erlangten Akten wiedergibt. Solche Fälle sind aber äußerst selten. Gewöhnlich sammelt die Zeitung die Nachrichten auf eigene Faust durch Vermittlung ihrer Berichterstatter, die sie von Personen erhalten, welche mit der Angelegenheit vertraut sind. Es kann geschehen, daß die auf diese Weise gesammelten Nachrichten sich mit den Angaben der amtlichen Untersuchung decken, in keinem Falle aber können sie ein Geheimnis bilden. Denn sobald sie für den Berichterstatter zugänglich waren, sind sie es auch für jeden anderen.“

Aus der Sowjetunion.

Die führenden Männer Rußlands.

Es ist bereits eine ganze Zeit seit Lenins Tod verflossen, und wir haben langsam übersehen, wer eigentlich im Augenblick die russische Sowjetrepublik führt. Die russische Sowjetrepublik steht heute im Mittelpunkt des europäischen Interesses, und von allen Seiten wird um ihre Freundschaft geworben. Der englische und der italienische Vertrag mit Rußland, die Anerkennung und die neuen Annäherungsbestrebungen von seiten Frankreichs (bekanntlich soll mit französischem Gelde in Moskau eine Telefunkenstation errichtet werden) geben auch uns in Polen wieder Veranlassung, einen Blick auf das große Land, das jenseits der Weichsel beginnt, zu werfen.

Der Vorsitzende der gesetzgebenden Körperschaften, der höchste Beamte des Staates, ist Kalinin. Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung und stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare für die Sowjetunion ist Kamenew. Zjurupa ist Stellvertreter Rykows und hat zugleich den Vorsitz in der Staatsplanverwaltung inne. Jenukidse ist als Sekretär des „Zik“ für den ganzen Bund von Bedeutung, während Kisselew Sekretär des „Wzik“ ist. Kurski, Volkskommissar des Justizwesens in Rußland, Stalin, der in letzter Zeit neben Sinowjew und Kamenew besonders hervorgetreten ist, A. P. Smirnow, Landwirtschaftskommissar für Rußland, und Tomski vervollständigen die Liste der acht Männer, die gleichzeitig in beiden obersten Regierungsbehörden sitzen.

Auch bei den Volkskommissaren, deren Namen im Auslande am häufigsten genannt werden, herrscht eine komplizierte Verquickung von bundesstaatlicher und russischer Regierung. Alexander Iwanowitsch Rykow, der Nachfolger Lenins, ist sowohl Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Union wie der russischen Republik. Ihm stehen im Sownarkom der Union vier Stellvertreter zur Seite: neben Kamenew und Zjurupa noch Tschubar und Orachelaschwili ohne Portefeuille. Wir haben fünf Bundeskommissariate von reinem Bundescharakter, ohne daß in den einzelnen Republiken entsprechende Kommissariate funktionierten. Auswärtige Angelegenheiten: Tschitscherin; Krieg und Marine: Trotzki; Außenhandel: Krassin; Verkehrswesen: Rudsutak (auch Mitglied des „Zik“); Post und Telegraph: J. N. Smirnow. Es folgen fünf Volkskommissariate von Bundescharakter, denen entsprechende nationale Kommissariate in den einzelnen Republiken zur Seite stehen: der Oberste Wirtschaftsrat: für den Bund: F. Djerschinski; für Rußland: Bogdanow; das Nahrungsmittelkommissariat: für den Bund: Brjuchanow; für Rußland: Kalmanowitsch; Finanzen: für den Bund: Sokolnikow; für Rußland: Wladimirow; das Arbeitskommissariat: für den Bund: Schmidt; für Rußland: Schwernik. Schließlich gibt es noch fünf Gebiete des öffentlichen Lebens, die wohl unter der Leitung der obersten Bundesorgane stehen, aber im allgemeinen den einzelnen Republiken überlassen sind. In ihnen ist die staatliche Selbständigkeit dieser Sowjetrepubliken begrenzt. Sie sind für Rußland folgendermaßen besetzt worden: innere Angelegenheiten: Beloborodow; Justizwesen: Kurski; Unterricht: Lunatscharski; Gesundheitswesen: Semaschko; soziale Fürsorge: Jakowenko.

Die einzelnen Männer sind zum größten Teil Mitglieder der „alten Garde“, die schon seit Jahren verantwortungsvolle Posten einnehmen und viel genannt sind. Daß sich unter den bisherigen Volkskommissaren der Bundesregierung auch Trotzki befindet, ändert freilich nichts an der Tatsache, daß dieser wegen seiner oppositionellen Stellung gegenüber dem Zentralkomitee in Ungnade gefallen ist, sich unfreiwillig im Kaukasus aufhalten muß und die Geschäfte seines Ressorts gar nicht leiten kann. Aber eine eventuelle Verabschiedung Trotzkis würde, wie ein Mitglied des politischen Bureaus während der jüngsten scharfen Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen der Partei öffentlich zugeben mußte, nachgerade eine internationale Sensation bedeuten und die Tiefe der Krise, die der russische Bolschewismus durchmacht, vor aller Welt entschleiern. Ein neues Mitglied der Bundesregierung ist Rudsutak, der an die Spitze des Verkehrswesens gestellt wurde, ein alter Leninist, der früher die Gewerkschaft der Transportarbeiter leitete. Ein Programm bedeutet Djerschinski, der Rykow auf dem Posten des Präsidenten des Rates für die Volkswirtschaft ablöst. Dieses Programm ist ein Programm der Bezwingung; ist doch Djerschinski kein anderer als der Schöpfer und Führer der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Begründer des Schreckensinstruments der „Tscheka“! Der harte polnische Revolutionär Djerschinski ist von Lenin noch immer in jenes Ressort entsandt worden, wo es galt, eine in zwölfter Stunde zu lösende Aufgabe mit brutaler Macht durchzuführen.

Im Rat der Volkskommissare für Rußland ist auf dem Posten des Volkskommissariats für das Innere Beloborodow belassen worden, der Mörder der Zarenfamilie, der noch kürzlich an einer schweren Gemütskrankheit litt und in ausländischen Kliniken Heilung von seinen Wahnvorstellungen suchen mußte.

Wieder elf Arbeiter erschossen.

Die Arbeitergruppe hat soeben eine neue Broschüre herausgegeben. In der Broschüre wird u. a. über die Erschießung von acht russischen und drei grusinischen Arbeitern der Werke in Baku berichtet, die im Dezember vorigen Jahres verhaftet und in der Kasaner politischen Staatsverwaltung (Tscheka) eingesperrt gehalten wurden. Die Erschießung erfolgte auf Beschluß des Kollegiums der transkaukasischen politischen Staatsverwaltung und ist ein Racheakt dafür, daß diese Arbeiter eine ganze Gruppe von Geheimagenten unter den Arbeitern entlarvt hatten. Den Angehörigen der Arbeiter wurde offiziell mitgeteilt, daß sie erschossen wurden, weil sie Spione (!) für das Ausland waren. In derselben Broschüre werden die Arbeiter davor gewarnt, den lügnerischen Behauptungen der Bolschewisten zu trauen, die von einer Besserung der Lage der Arbeiter handeln. Es sei bereits beschlossen, im Jahre 1924 wieder eine ganze Reihe von Fabriken, die aufgezählt werden, zu schließen, da die Bolschewisten keine Geldmittel mehr haben. Die Arbeitergruppe versichert, daß im Ernstfalle die ganze rote Armee sich auf die Seite der von den Bolschewisten exploitierten Arbeiter und Bauern stellen werde.

Massenentlassungen.

Als nicht zuverlässige Kantonisten wurden nach einer Moskauer Meldung 2790 Kommunisten aus der roten Armee entlassen. Offiziell wird angegeben, daß die militärische Ausbildung dieser Kommunisten beendet sei und sie deshalb vom Dienste befreit wurden. Das berührt aber eigentümlich, wenn man weiß, daß viele von den Entlassenen kaum in die rote Armee aufgenommen waren. Alle Entlassenen gehören zur Opposition.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 8. März.

Neue Bitte für die Altershilfe!

Immer wieder von neuem richtet die Altershilfe die herzliche Bitte an alle deutschen Mitbürger in Stadt und Land, doch der notleidenden Alten nicht zu vergessen. Es ist so viel schon gegeben worden, und mit herzlichem Dank konnte die Altershilfe die Mittelstandsküche und die Brotspende ins Leben rufen und bis jetzt durchführen, ebenso den Altersheimen und Frauenhilfen wertvolle Spenden an Geld und Lebensmitteln überweisen. Immer mehr macht sich aber die Notwendigkeit bemerkbar, nicht nur Lebensmittelbeihilfen zu geben, sondern auch Sonderspenden bei besonderen Notständen zu gewähren. So kam die Bitte an uns, doch eine Beihilfe zur Beschaffung einer Brille für ein altes Mütterchen zu geben, und weiter wird um Mittel für eine dringend notwendige Staroperation gebeten und um eine Beihilfe zur Krankenhausbehandlung, um einer Frau, die einen Oberschenkelbruch erlitten hatte, ihre Arbeitsfähigkeit wiederzugeben.

So bitten wir immer wieder von neuem sehr herzlich, doch in der Opferwilligkeit nicht müde zu werden und weiter uns mit Geld und Lebensmittelspenden zu helfen.

Wohlfahrtsdienst, Altershilfe.

Zum Einkommensteuergesetz.

Wir berichteten kürzlich über die Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes. Inzwischen ist bereits eine neue Verordnung erschienen (Dz. Ust. 1924 Nr. 16), die den bisherigen unzeitgemäßen Steuertarif für alle Einkommen, außer Dienstgehältern, Pensionen und Lohn valorisiert. Die Besteuerung beginnt jetzt bei einem Jahreseinkommen von über 1378 Goldfrank mit 2 Prozent. Bei einem Einkommen von 5100 Goldfrank sind 3,6 Prozent, von 10 883 Goldfrank 6,7 Prozent, von 15 162 Goldfrank 8,9 Prozent, von 20 675 Goldfrank 10,7 Prozent, von 26 188 Goldfrank 12,3 Prozent, von 79 250 Goldfrank 25 Prozent zu zahlen.

Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers vom 23. 2. 24 (Dz. Ust. 1924 Nr. 19) wird die Frist zur Abgabe der Steuererklärung über das Einkommen und gleichfalls die Frist zur Einzahlung der Steuer für natürliche Personen und nicht übernommene Erbschaften bis zum 28. April verlängert.

Die vierte Posener Messe.

Am 29. Februar ist der offizielle Termin für die Anmeldungen der Aussteller zur 4. Posener Messe abgelaufen. Die angestellte Berechnung hat ein Resultat ergeben, das die Erwartungen übersteigt und das Ergebnis der vorangegangenen Jahre weit hinter sich läßt. In einem so zeitigen Termin sind 90 v. H. der zur Verfügung stehenden Stände von den namhaftesten Firmen aller Teilgebiete Polens besetzt worden. Aus den Beschreibungen, die die Aussteller ihren Anmeldungen beifügen, ist ersichtlich, wie große Warenauswahl der Kaufmann und ausländische Importeur auf der 4. Posener Messe finden wird.

Wichtig für Briefmarkensammler.

Briefmarken für Sammlerzwecke sollen, einer Mitteilung der „Weichselpost“ zufolge, laut Anordnung der Postverwaltung von nun ab mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Neudrucks und die nur noch mäßige Anzahl der vorhandenen Überdrucke nur in sehr beschränktem Maße zum Verkauf gelangen, da vor allem die Bedürfnisse des korrespondierenden Publikums berücksichtigt werden müssen.

Was das heißen soll „nur in sehr beschränktem Maße“, ist uns nicht ganz klar. Vermutlich sollen zu Sammelzwecken die Briefmarken nicht mehr, oder doch nur in sehr beschränktem Maße abgegeben werden. Wie will man nun aber feststellen, zu welchem Zwecke der Markenkäufer diese Marken haben will? Außerdem ist der Briefmarken-Sammelsport doch immerhin eine Einrichtung, an der gerade die polnische Post mit ihrer endlosen Reihe von Marken, Überdrucken usw. seit ihrem fünfjährigen Bestehen ein

Aus den Kinderjahren der Telegraphie.

Von Dr. Karl Erich Krack.

Im März 1848 kamen von Neuyork zwei Amerikaner in Hamburg an, die unter dem Namen Chapin und Robinson als Gäste in Zinggs Hotel abstiegen. Sie hatten außerordentlich viel Gepäck, bestehend aus Kisten, Kasten und Fässern, und hüteten es sehr sorgfältig. Niemand aber wußte, was darin war.

Gerade in diesem Moment befand sich ganz Europa, vor allem aber Deutschland, in gewaltiger Aufregung. Die Revolution hatte begonnen. Jedenfalls hatten die Amerikaner den Augenblick schlecht gewählt, um eine neue Erfindung den Hamburger Kaufleuten vorzuführen. Und doch bedeutete ihr Erscheinen den Beginn eines neuen Zeitabschnittes im Verkehrsleben, der mindestens so wichtig war, als die politischen Ereignisse des Jahres 1848 für die politische Entwicklung unseres Vaterlandes.

Die beiden Amerikaner waren Vertreter der in Neuyork gegründeten Morseschen Telegraphengesellschaft, die den Morseapparat, der heute noch in der ganzen Welt gebräuchlich ist, anwendet und mit seiner Hilfe zuerst auf weite Entfernungen und in großem Stile zu telegraphieren angefangen hatte.

Chapin und Robinson waren nach Hamburg auf Veranlassung eines Hamburger Kaufmanns gekommen, der bei seinem Aufenthalt in Neuyork von den großen Vorteilen der elektrischen Telegraphie gehört und auch praktische Beobachtungen gemacht hatte. Die Amerikaner versuchten mit Hilfe ihres Hamburger Freundes die großen Handelsfirmen für die elektrische Telegraphie zu interessieren. Aber sie fanden kein Gehör. In den meisten Fällen wurde ihnen entgegnet, man halte die Sache für Schwindel, für amerikanischen Humbug.

Es gab damals schon eine optische Telegraphie. Diese bediente sich der Signalmasten, wie sie heute noch im Eisenbahnverkehr üblich sind. Nur hatte ein solcher Signalmast nicht zwei, sondern sechs bis acht Arme. Solche Signalmasten waren auf Türmen, auf anderen hohen Gebäuden, auf Hügeln aufgestellt. Auf jeder Station befanden sich zwei Beamte, von denen jeder beständig nach einer Richtung hin Ausguck hielt, um zu sehen, ob bei dem Nachbartelegraphen das Zeichen gegeben wurde, daß eine Depesche befördert werden sollte.

Die preußische Regierung hatte schon im Jahre 1830 eine telegraphische Verbindung zwischen den Rheinlanden und Berlin herstellen lassen. Es galt damals für etwas geradezu Fabelhaftes, daß eine Depesche auf dieser Strecke in der ersten Zeit acht und in späterer Zeit nur sechs Stunden zur Beförderung brauchte. Das preußische Telegraphenwesen, der Dienst des optischen Telegraphen, stand unter Aufsicht des Generalstabes der Armee. Stabsoffiziere waren die Direktoren, und die Telegraphie wurde nur für Staatszwecke benutzt. Sie wurde streng geheim gehalten, und die Beamten, selbst die zur Probe angenommenen, mußten einen Eid betreffs Wahrung des Dienstgeheimnisses schwören.

Im Anfang der vierziger Jahre wurde nun zwischen Hamburg und Cuxhaven von einer Privatgesellschaft ein optischer Telegraph errichtet, der dazu bestimmt war, den Hamburger Reedern Nachrichten über das Ein- und Auslaufen der Schiffe in Cuxhaven zu übermitteln. Dieser Telegraph nahm auch Privatdepeschen an, und die Gesellschaft war schon im Begriff, ihre Tätigkeit von Hamburg aus südlich nach Hannover und anderen deutschen Orten auszudehnen, da kamen die beiden Amerikaner an.

Da sie nun bei ihrem Rundgang in den Kontoren der reichen Hamburger Reeder so wenig Entgegenkommen gefunden hatten, wandten sie sich an den Vorstand der Börsenhalle und baten um die Erlaubnis, der Hamburger Handelswelt nach Schluß der Börsenstunden eine Probe ihrer Kunst geben zu dürfen. Aber selbst die Bewilligung dieser Probe war nicht so ohne weiteres zu haben. Es lehnten sich einige große Handelsfirmen dagegen auf, daß die ehrwürdige Börsenhalle für Schwindler hergegeben werden sollte, die sich doch nur blamieren würden. Mit Mühe und Not wurde endlich die Bewilligung zu der Probe erteilt, welche ganz und gar auf Kosten der Amerikaner stattzufinden hatte und bei welcher sie die Verantwortlichkeit für allen entstehenden Schaden auf sich nehmen mußten.

Jetzt packten die Amerikaner ihre Fässer, Kisten und Kasten aus. Sie zogen Kupferdrähte in der großen Börsenhalle, stellten Batterien und Apparate auf und errichteten zwei Stationen an den entgegengesetzten Enden des Raumes. Die Vorbereitungen hatten natürlich die Neugierde der Börsenbesucher an dem Apriltage, an dem die Probe stattfinden sollte, erregt, und so blieben fast ausnahmslos alle Besucher da, um den „Reinfall“ der Amerikaner sich anzusehen. An dem einen Apparat nahm Dr. Chapin, an dem anderen Mr. Robinson Platz. Dieser forderte nun den Vorstand der Börse auf, ihm irgend etwas zu diktieren. Das erste Diktat lautete:

„I hope you will do your duty!“ (Ich hoffe, Sie werden Ihre Pflicht tun!) Robinson klapperte auf seinem geheimnisvollen Apparat, und nach einigen Minuten kam ein Bote von Chapin, der diese Worte als übermittelte Depesche säuberlich aufgeschrieben zurückbrachte. Die Hamburger Kaufleute staunten, ließen sich aber nicht verblüffen. Immer und immer wieder ließen sie Proben machen. Immer wieder machten sie Versuche, irgend einen Schwindel bei der Sache zu entdecken. Aber der Telegraph siegte über ihre Ungläubigkeit. Von Minute zu Minute schwand der Zweifel an der neuen Erfindung. Und als die Probe zwei Stunden lang gedauert hatte, waren die intelligenten Hamburger Kaufleute überzeugt, daß dieser Telegraph eine große Zukunft haben werde.

Nicht alle Kaufleute dachten jedoch so. Die Gegner behaupteten, diese neue Sache lasse sich ganz gut in einem Saal vorführen. Wenn aber erst die Drahtleitungen meilenweit über das Land gingen, dann würde die Sache schon versagen. Die Amerikaner waren sofort bereit, auch eine größere Probe zu veranstalten, indem sie eine Leitung hinaus nach Blankenese legen wollten. Sie begannen auch sofort Telegraphenstangen in den Straßen aufzustellen. Da erschien aber die Baupolizei und untersagte es ihnen aufs strengste. Die intelligenten Kaufleute ließen sich aber durch die Gegner nicht abschrecken. Sie gründeten eine Aktiengesellschaft, welche sofort den Bau einer telegraphischen Verbindung zwischen Cuxhaven und Hamburg beschloß. Dieser Bau hatte unsägliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Stationen sollten natürlich innerhalb der Stadt liegen. In der Stadt durften aber keine Telegraphenstangen aufgestellt werden. Es mußten deshalb die Drähte unterirdisch gelegt werden. Nun besaß man damals noch nicht die Kabel, auch der Kautschuk als Isoliermittel war noch nicht bekannt. Und so mußte man sich entschließen, die Drähte ohne Isolierung in die Erde zu legen. Das gab natürlich dort, wo der Boden feucht war, ungeheure Störungen im Betriebe.

Doch es galt eine noch größere Schwierigkeit zu überwinden. Legte man den Draht ins Wasser, so wurde nicht nur die Leitung durch elektrische Nebenströmungen gestört, sondern der Draht war auch täglich dem Zerreißen durch Schiffe und Anker und dergleichen ausgesetzt. Da Cuxhaven aber auf dem linken Ufer der Elbe liegt, während Hamburg auf dem rechten Ufer sich befindet, muß die Leitung über den Strom auf das jenseitige Ufer hinübergeführt werden. Man mußte also die Elbe überschreiten und wählte dazu eine Stelle zwischen Hamburg und Harburg, wo sie sich in mehrere Arme teilt. Da diese aber von vielen Elbkähnen befahren werden, welche hohe Masten führten, mußten die Drähte turmhoch über den Fluß gespannt werden. Eine Zeitlang kamen die Unternehmer auch auf die Idee, die Hamburger Kirchtürme als Ruhepunkte für die Drähte zu benutzen. Aber dagegen erhob sich von allen Seiten begreiflicherweise ein großes Geschrei. Einerseits erklärten die Gegner, man würde eine solche Profanierung der Kirchtürme nicht dulden, andererseits wurde behauptet, es sei ein unerhörter Frevel, den Blitz direkt auf die Gotteshäuser zu leiten. Es blieb also nichts anderes übrig, als auf riesenhohen Masten den Elbstrom nach Harburg zu überbrücken. Der erste

geradezu glänzendes Geschäft gemacht hat. Denn bekanntlich braucht die Post für eine ungestempelte Marke, die in einer Markensammlung verschwindet, außer dem buntbedruckten Stückchen Papier mit einem ganz winzigen Klebstoff-Überzug auf der Rückseite nicht das Mindeste zu leisten. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb die Postverwaltung, die doch nach der neuerlichen Absicht einer abermaligen, nicht unerheblichen Portoverteuerung, die für die zweite Märzhälte in Aussicht genommen ist, finanziell nicht auf Rosen gebettet zu sein scheint, sich dieses glänzende Geschäft in Zukunft entgehen lassen will. Zudem hat die Briefmarkensammelwut doch immerhin auch eine gewisse Berechtigung, die unseres Dafürhaltens von einer Behörde nicht eingeschränkt werden sollte. Man sollte sie im Gegenteil fördern — nicht zum wenigsten im Interesse der Staatskasse. Und wenn die Markenvorräte auszugehen drohen, dann drucke man eben neue, eine Maßnahme, zu der man letzten Endes, wenn die Markenvorräte auch ohne die Mithilfe der Philatelisten zur Neige gehen werden, doch wird greifen müssen. Schließlich kann ja ein Postbeamter einen Markenkäufer durch keine Macht der Erde zu einem Geständnis darüber zwingen, und es ihm auch nicht an der Nase absehen, ob er Briefmarkensammler ist oder nicht, wenn dieser bescheiden am Schalter um eine Marke bittet. Jedenfalls kann der Markenkäufer mit der Marke machen, was ihm beliebt, er kann sie auf einen Brief kleben, einem Bettler schenken, sie wegwerfen, in den Ofen stecken oder . . . seiner Sammlung einverleiben. Welche dieser Verwendungsmöglichkeiten ihm beliebt, das ist unseres Dafürhaltens lediglich seine Angelegenheit, über die er in einem demokratischen Staate niemand Rechenschaft schuldig ist.

X **Öffentliche und Hauskollekten** dürfen im Bereich der Wojewodschaft Posen nach einer Verordnung vom 7. Januar 1924 (unter Aufhebung der Polizeiverordnung vom 31. Dezember 1921) ohne Erlaubnis der zuständigen Verwaltungsbehörde nicht veranstaltet werden. Ausgenommen sind Kollekten in den Kirchen. Übertretungen werden bis zu 600 000 Mk. bzw. entsprechender Haft bestraft. Außerdem werden die gesammelten Beträge bis zur Entscheidung durch gerichtliches Urteil über Konfiskation beschlagnahmt.

\# **Die Unentbehrlichkeit deutscher Facharbeiter in der polnischen Industrie.** Es mehren sich in der polnischen Presse Vorwürfe gegen polnische Arbeitgeber, daß sie deutsche Arbeitskräfte beschäftigen. Augenscheinlich steht dies im Zusammenhang mit dem lebhaften Betreiben des Westmarkenvereins und den letzten Ereignissen im Sejm. Kürzlich war auch der Besitzer eines Graudenzer chemischen Laboratoriums im „Sl. Pom." angegriffen worden, daß er einen deutschen Reichsangehörigen beschäftige. Nunmehr begründet der Angegriffene seine Handlungsweise und weist mit Recht darauf hin. daß die polnische Industrie keine ausreichende Anzahl geschulter Sonderkräfte besitze und daher das Verbleiben hochqualifizierter deutscher Arbeitskräfte eine Notwendigkeit für die Landesindustrie sein könne.

X **Immer noch die Kälte.** In der vergangenen Nacht, d. h. in der Nacht zum 8. März hat es wieder tüchtig gefroren, das Thermometer war bis auf 4 Grad Kälte gefallen.

X Der **Posener Handwerkerverein** veranstaltet am Dienstag, abends 8 Uhr, in der Grabenloge eine Versammlung, in der Herr Chemiker Hammer einen Vortrag über Seife halten wird.

\# **Eine Versammlung des Brieftaubenzüchtervereins „Wesola Nowina" Poznań-Jeżyce** findet morgen, Sonntag, vormittags 10½ Uhr im Lokale von Kasperek, ul. Kraszewskiego 16 (fr. Hedwigstr.) statt. Sämtliche Brieftaubenzüchter und -Liebhaber haben Zutritt.

\# **Im Kino Apollo** wird morgen, Sonntag, zum letzten Male die letzte Serie der „Gräfin von Paris" gegeben. Das nächste Programm bringt ein französisches Stück mit Alfred Abel, Margarete Schlegel, Grete Berger und Olga Gsowskaja.

\# **Hundeversteigerung.** Das Starostwo Grodzkie bittet uns, folgendes mitzuteilen: Am Montag, 10. d. Mts., werden im Starostwo Grodzkie, Zimmer 9, folgende Hunde öffentlich versteigert: ein gelber Stubenhund mit schwarzem Fleck auf dem Rücken, dunkelgrauer Wolfshund, stark gebaut, ungefähr 2 Jahre alt, ein dunkelgrauer Wolfshund mit gestutztem Ohr, ein schwarzgelber Spitz (Mischling) mit beschnittenem Schwanz (Hündin), ein weißgelber Bernhardiner, ein weißer Foxterrier mit schwarzem Fleck auf dem Schulterblatt (Hündin), ein schwarzer Spitz mit weißem Unterleib. Die rechtmäßigen Besitzer können ihre Hunde bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkt in Empfang nehmen.

h. **Tierquälerei.** Von einem Leser wird uns geschrieben: Unmenschliche Behandlung wird oft den Schlachttieren zuteil. Am besten sieht man das nach dem Schlachten am Speck der Schweine. Mehr oder weniger große, tiefgehende Blutflecke zeugen davon. Ich schneide selbst kleinere Stellen aus, weil ich mich davor ekle. Gestern wurde mir gar Speck angeboten, der über die ganze Breite einen fingerdicken blutigen Streifen aufwies. Man stelle sich vor, was solch ein Tier auszuhalten hatte. Ich erklärte, den Speck so geschlagener Tiere nicht zu kaufen, und bitte alle, die ein Herz für die Tierwelt haben, in vorkommenden Fällen ebenso zu verfahren.

X **Gründlich hineingelegt** worden ist ein Kolonialwarenhändler in der ul. Dąbrowskiego (fr. Große Berliner Straße), der von einem Reisenden vor etlichen Wochen 20 Pakete Tee, das Stück zu 700 000 Mk., kaufte. Hinterher stellte es sich heraus, daß die Pakete statt des Tees Staniolpapier und andere Papierschnitzel enthielten.

X **Kindesleichenfunde.** Gestern wurden gleich zwei Leichen neugeborener Kinder gefunden, die eine im Keller der ul. Mylna 3 (fr. Hochstraße), die andere an der Bocianka, männlichen Geschlechts, in Lumpen und Papier eingewickelt.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Im 5. Polizeikommissariat der Wallischei lagern als vermutlich aus Diebstählen herrührend folgende Sachen: ein gebrauchtes Oberbett mit weißem Überzug, 50 Meter rot übersponnenes Zinkkabel, eine Kanne mit 20 Liter Benzin, etwa 4 Ztr. Kupfer, Zink, Blei und Messing.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Niegolewskich 24 (fr. Augustastraße) ein blauer Tuchanzug und eine Handtasche mit 70—80 Millionen Mk. Inhalt; aus dem Garten ul. Jasna 21 (fr. Buddestraße) ein Bienenhaus mit Bienen; aus einem Keller in der ul. Fredry 5 (fr. Paulikirchstraße) ein Fahrrad Marke „Anker" mit Freilauf und der Nr. 51 832, sowie eine Bohrmaschine mit rotem Rade im Gesamtwerte von einer Milliarde; aus einer Wohnung am Plac Nowomiejski 1a ein langer brauner Opossum-Herrenpelz mit schwarzem Tuchüberzug, breitem Krimmerkragen im Werte von 500 Złoty; aus einer Wohnung Wielkie Garbary 18 (fr. Große Gerberstraße) eine größere Menge Wäsche im Werte von einer Milliarde.

X **Wegen Gepäckdiebstahls festgenommen** wurde gestern auf dem Hauptbahnhofe der obdachlose Franz Vogel.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 4 Betrunkene, 1 Bettler, 3 Obdachlose, 16 Dirnen, 4 Diebe, 1 Kuppler, 1 Frauensperson wegen Unzuchtverdachts, 1 gesuchte Person.

---

* **Dirschau,** 7. März. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend in Pelplin. Die 14 Jahre alte Tochter des Bäckermeisters Albert Hinz litt an einer leichten Hauterkrankung, zu welchem Zwecke ihr am Abend nach einem vorherigen Bade von ihrer Mutter der Körper mit Spiritus abgerieben wurde. Hierbei kam das junge Mädchen einem in der Stube stehenden eisernen Ofen zu nahe. und sofort stand sie als eine Feuersäule da. Trotzdem die Mutter dem brennenden Kind sofort eine Decke umwarf, hatte sie in dem Augenblick doch schwere Brandwunden erlitten, die ihre Überführung in das dortige Krankenhaus notwendig machten. Die Verletzungen waren doch so schwer, daß sie am Montag abend starb.

□ **Lettberg, Kr. Gnesen,** 6. März. Ihr 25jähriges Bestehen beging am Sonntag die hiesige Spar- und Darlehnskasse unter Teilnahme sämtlicher Mitglieder und des Verbandsdirektors Dr. Wegener, sowie des Verbandsbeamten Kollauer als Ehrengäste. Nach einem von einer jungen Dame vorgetragenen Vorspruch hielten Verbandsdirektor Dr. Wegener und Pastor Benade Ansprachen. Gesangsvorträge, Theateraufführungen, sowie die Überreichung von Ehrengaben an den Vorsitzenden Stallmann bildeten den Übergang zum Tanz, der die Festteilnehmer lange beieinander hielt.

* **Samter,** 6. März. Die Hundesperre im Bezirk des Kommissariats Kazmierz, die am 1. Dezember v. Js. angeordnet wurde, ist mit Ausschluß einiger Ortschaften, für die wegen eines anderen Falles am 16. v. Mts. eine neue Sperre angeordnet wurde, aufgehoben worden.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Inowrocław,** 7. März. Die Strafkammer verurteilte einen gewissen Antoni Gellert wegen Einbruchsdiebstahls zu 15 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte. — Das Friedensgericht verurteilte einen gewissen Alexander Burdzinski aus Brześć, Kreis Strelno, der angeklagt war, eine Scheune angezündet zu haben. Der geständige Angeklagte wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 10 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

* **Tuchel,** 5. März. Eine interessante Sache beschäftigte das hiesige Friedensgericht. Die Hausbesitzerin R. von hier war angeklagt, den Bürgermeister Saganowski beleidigt zu haben. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Ehemann der Angeschuldigten ist Kriegsteilnehmer gewesen, erhielt als Invalide anfangs Renten, dann wurden diese plötzlich angehalten. Die Eheleute R. bemühten sich in mehreren Eingaben, die durch das Bürgermeisteramt gegangen sein sollen, die Rente wiederzuerlangen. Die Zeit ging hin, auf der Starostei wurde der R. bedeutet, daß durch das Starostwo nur ein Gesuch, und zwar das letzte, gegangen sei, und die Rentenangelegenheit gehe jetzt auch vorwärts. Nun bekam R. die Aufforderung, einen Steuerbetrag für ein Pferd zu zahlen; das Pferd hatte R. schon lange verkauft. Frau R., zu der Zeit ohne Barmittel, bat um Frist, diese wurde abgelehnt. Hierbei kam es im Polizeibureau zu einer Auseinandersetzung betreffend der angeblich eingereichten Rentenanträge; die Angeklagte soll hierbei beleidigende Äußerungen getan haben. Der Gerichtshof kam zu der Auffassung, daß die Frau nur Mißstände habe kritisieren wollen, und sprach die Angeklagte frei.

Neues vom Tage.

§ **Kerr-Attentat-Reklame!** Mit einer dunklen Geschichte befassen sich in den letzten Tagen die Berliner Blätter. Der bekannte Kritiker des „Berl. Tagebl.", Alfred Kerr, hat nämlich eine kurze Geschichte geschrieben, die im „Berl. Tagebl." veröffentlicht ward. Darin teilt er mit, daß ein gegen ihn gerichteter Überfall durch zwei Attentäter im Grunewald geplant war, als er mit seiner Frau nach Hause ging. Der eine der beiden Attentäter befindet sich in der Hand der Polizei. Er hat das Geständnis abgelegt, daß der Hauptinteressent an dem Überfall ein in Schauspielerkreisen bekannter hochgestellter Staatsbeamter ist. Dieser wollte die Attentäter decken. Seit zweieinhalb Monaten sei Kerr beobachtet und eine Gelegenheit gesucht worden. Die Ursache des Attentates ist in einer Kritik über eine minderwertige, an der Kleinen Berliner Bühne engagierte Schauspielerin zu suchen. Vor 2½ Tagen hat Kerr anläßlich einer Kritik die Bemerkung geschrieben, es sei erfreulich, daß eine bestimmte Rolle nicht von einer minderwertigen Provinzschauspielerin gegeben worden sei. Wegen dieser Bemerkung hat die Dame die Beleidigungsklage eingereicht und Schadenersatz beansprucht. Das Amüsante an der Affäre ist, daß die Schauspielerin die Freundin eines nahen Verwandten Kerrs ist. Die Presse hat das „Attentat" zum Teil sehr aufgebauscht wiedergegeben, und Berlin hatte Gesprächsstoff für einige Tage. Die Abendblätter vom Sonnabend berichten jedoch bereits, daß die Angelegenheit als erledigt anzusehen ist, sintemal bisher nichts bewiesen werden konnte. Herr Kerr hat sich nämlich in den Motiven usw. nicht unbeträchtlich geirrt. Von einem politischen Attentat ist keine Rede, und daß der Überfall von einem höheren Staatsbeamten verursacht sei, konnte auch nicht bewiesen werden. Wahr ist, daß ein Mann, der nicht im Staatsdienst steht, einen seiner Angestellten ermuntert habe, Herrn Kerr einen Denkzettel zu geben. Zu einer Ausführung sei es jedoch nicht gekommen, und die Behörden sehen auch keine Notwendigkeit, dieser Geschichte noch längeres Nachdenken zu widmen. Es war ein Sturm im Wasserglase — und der Name Kerr stand wieder einmal einige Tage obenan. Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" spricht von Bombast und von Reklame! Vielleicht hat sie nicht ganz Unrecht.

§ **Telegraphieren durch Erderschütterungen.** Eine eigenartige Aussicht auf eine neue Form der Telegraphie eröffnen die Versuche, die Geheimrat Wiechert mit dem neuen Seismometer des Göttinger geophysikalischen Institutes ausgeführt hat. Dieser neue Apparat ist ein Vertikalseismometer mit 2½millionenfacher Vergrößerung: mit ihm werden die obersten Erdschichten untersucht, wobei ein Millimeter Ausschlag eine Bewegung von 1 Atomdurchmesser bedeutet. Nach den Angaben dieses Instruments erscheint der Erdboden in beständiger Unruhe. Die ersten Erfolge mit dem Apparat wurden, wie in der „Umschau" berichtet wird, bei Sprengungen in den Steinbrüchen einer Basaltkuppe erreicht, die in etwa 16 Kilometern Entfernung vom Apparat unter Benutzung von 30—50 Kilogramm Sprengstoff stattfanden. Die Bodenbewegungen die dadurch hervorgerufen wurden, ließen sich in Göttingen gut aufzeichnen. Ja, es trat schon einige Sekunden vor dem Einsetzen des Luftschalles eine gut ausgeprägte Wellengruppe auf. Es kann sich dabei entweder um Luft-, Erd-, Wechselwellen handeln, d. h. um Erderschütterungen, die an der Oberfläche durch die auftretenden Schallwellen erzeugt wurden, oder um Wellen, die an einer Unstetigkeitsfläche von 130—150 Kilometern Tiefe reflektiert werden. Nach diesen Erfolgen hält es Geheimrat Wiechert nicht für unmöglich, daß noch einmal eine Telegraphie geschaffen werden kann, die mittels der Erderschütterungen betrieben wird.

§ **Drahtloser Erfolg mit Konservenbüchsen.** Die englischen Blätter berichten von einem neuen Rekord in der drahtlosen Telephonie, der um so bemerkenswerter ist, als er einem jungen Kunstschüler in London mit Hilfe eines selbstgebauten Apparates gelungen ist. Und zwar hat dieser Schüler von London aus Morsesignale gewechselt mit Toronto und dem Sekretär eines amerikanischen Radioverbandes in Hartford im Staate Connecticut (U. S. A.). Er hat ferner auf seine Signale hin Antworten empfangen aus Frankreich, Dänemark, Spanien und Neu-Mexiko, 600 Meilen von der pazifischen Küste entfernt. Seine Signale hatten mithin eine Reichweite von 5000 englischen Meilen. Seine drahtlose Station ist ein Wunder der Improvisation. Sein einziger konventioneller Apparat war ein Zweiröhrenempfänger und ein Dynamo, die anderen Behelfswerkzeuge bestanden aus einer Zuckerbüchse und einem umgebauten Marmeladeneimer, sowie einigen Rollen Kupferdraht. Der Griff des Hebels, mit dem der Dynamo reguliert wurde, war nichts anderes als eine Gewürzflasche. Der erfolgreiche Experimentator ist ein armer Junge, dessen Eltern nicht die Mittel haben, Radiogerät zu kaufen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. F. F. Diese Fragen lassen sich nicht durch den Briefkasten entscheiden. Wenn Sie glauben, daß Ihnen ein Unrecht geschieht, müssen Sie eine gerichtliche Klage anstrengen, deren Ausgang ganz ungewiß ist.

G. W. in J. Ihre Anfrage ist zu bejahen.

Mast wurde an das Hamburger Ufer gesetzt, den zweiten setzt man jenseits des ersten Elbarmes auf der Insel Wilhelmsburg.

Die Insel Wilhelmsburg war sumpfig, enthielt mehrere Teiche und, wo der Boden halbwegs trocken war, auch Triebsand. Die beiden Masten, die auf dieser Insel aufgestellt wurden, verursachten daher ungeheure Kosten und Mühe. Erst unter großen Schwierigkeiten, von denen man sich heut kaum eine Vorstellung machen kann, wurden endlich die fünf Masten errichtet, welche die Drähte über die Elbe hinüberleiteten. Jedes Hochwasser, jeder Eisgang, legte sie in den nächsten Jahren immer wieder um. Aber unermüdlich stellte die Gesellschaft sie aufs neue auf.

Das linke Elbufer war nun erreicht, und jetzt war es verhältnismäßig leicht, die Telegraphenleitung von Harburg über Stade nach Cuxhaven zu leiten. Man kam auf hannöversches Gebiet, und die hannöversche Regierung, die wohl auch den Nutzen der neuen Telegraphie einsah, zeigte sich sehr entgegenkommend und beauftragte ihre sämtlichen Beamten und Behörden, der neuen Telegraphengesellschaft allen möglichen Vorschub zu leisten.

Mit Schrecken sahen inzwischen die Aktionäre der optischen Telegraphie das Fortschreiten des Baues der elektrischen Linie. Sie ahnten es, daß sie einfach aufhören mußten zu bestehen, wenn erst die elektrische Telegraphie im Gange war. Und so boten sie alles mögliche auf, um den Bau zu verhindern. Als ihre Vorstellungen bei der Regierung in Hannover nichts halfen, machten sich die Beamten der optischen Telegraphie daran, die Bauern der Gegend zwischen Hamburg und Cuxhafen aufzuhetzen, indem sie ihnen einredeten, die elektrische Telegraphie sei ein großes Unglück, da sie bei Gewitter den Blitz anzöge.

Als das nicht verfing, verbreitete die optische Telegraphengesellschaft Flugblätter unter die Bauern, in welchen mitgeteilt wurde, daß die durch die Luft gespannten Drähte nicht nur den Blitz, sondern auch alle Feuchtigkeiten an sich zögen, was zur Folge haben würde, daß binnen kurzer Zeit eine Dürre das Land unfruchtbar machen würde. Das wirkte endlich! Die betörten Bauern griffen zur Selbsthilfe, zogen nachts heimlich aus, rissen die Telegraphenpfähle aus, zerschnitten die Drähte und zertrümmerten die Isolatoren.

Das geschah immer und immer wieder, und die Aktionäre der neuen Gesellschaft wollten fast verzweifeln. Die Regierung in Hannover erließ gegen die Bauern energische Befehle und schickte auch schließlich Militär hin, das die Leitung bewachte. So gelang es schließlich die Linie über Stade hinaus nach Cuxhaven zu bauen. Sie funktionierte vortrefflich, und die Hamburger Kaufleute sahen bald ein, welche Vorteile die neue Telegraphie für sie hatte. Alles schien in bester Ordnung zu sein. Die Aktionäre der optischen Telegraphie waren schon auf das Schlimmste gefaßt, als ihnen die Natur selbst zur Hilfe kam.

In den letzten Julitagen des Jahres 1848 zog vom Meere zur Nachtzeit ein furchtbares Gewitter herauf. Diese von der See nach dem Lande ziehenden Gewitter sind stets sehr schwer. In dem Dorfe Harstedt, 6 Meilen jenseits von Stade, sah der Nachtwächter, schon ehe das Gewitter ganz heraufgekommen war, elektrische Lichtblitze an den Telegraphendrähten entlang laufen. Als das Gewitter aber über Harstedt stand, folgten hintereinander drei fürchterliche Schläge. Der erste traf einen Pfahl der Leitung. Der Blitz lief am Draht entlang bis nach Stade und richtete noch beim Eindringen in die Station Unheil an den Gebäuden an. Der zweite Blitzschlag traf ein Bauerngehöft und legte es vollständig in Asche, der dritte war ein sogenannter kalter Schlag.

Jetzt hatte es sich nach Meinung der Leute deutlich gezeigt, daß die elektrische Telegraphenleitung bei Gewitter ungeheuer gefährlich für die Nachbarschaft sei. Die Direktoren der optischen Telegraphie verbreiteten aufs neue Flugschriften, in denen die Bauern darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie mit ihrem ganzen Hab und Gut verloren seien, wenn sie noch länger in der Nähe ihrer Dörfer die den Blitz anziehenden Leitungen dulden würden. Die Bauern rotteten sich zusammen, bewaffneten sich und zerstörten an einem Tage auf viele Meilen weit die gesamte Telegraphenleitung. Als auch die Regierung in Hannover schließlich ängstlich wurde, ordnete sie an, die Leitung dürfe erst erneuert werden, wenn eine Anzahl Gelehrter um ihre Meinung gefragt worden war. Die Gelehrten gaben erst nach einigen Wochen ihr Urteil ab und zwar dergestalt, daß die Leitung zum mindesten für Häuser mit Strohdächern gefährlich sei. Mit Stroh gedeckt waren aber in damaliger Zit fast alle Bauernhäuser. Nun galt es die Leitung so zu verlegen, daß sie nicht durch Dörfer hindurchführte. Das ließ sich ja, wenn auch mit weit größeren Kosten, ermöglichen. Aber dort, wo sich Stationen befanden, mußten die Drähte doch durch einen Ort geleitet werden, und da sich in der Nähe der Drähte kein Strohdach befinden durfte, war die Gesellschaft gezwungen, auf ihre Kosten den Besitzern der umliegenden Häuser Ziegeldächer machen zu lassen. Trotzdem hörten natürlich die Feindseligkeiten nicht auf. Immer wieder fand man umgehauene Stangen, zerrissene Drähte, zertrümmerte Isolatoren. Ununterbrochen mußten Arbeiter und Inspektoren unterwegs sein, um die Leitung zu überwachen und auszubessern. So zeigte es sich denn auch an dieser ersten Telegraphenleitung, daß das Neue, sei es auch noch so nützlich, schwer Eingang findet und erst mühsam gegen Unverstand, Aberglauben und Eigennutz sich durchkämpfen muß. Aber alle Widersacher der elektrischen Telegraphie vermochten auf die Dauer nichts gegen sie, weil nicht nur die Kaufleute, sondern auch die Behörden bald einsahen, welch riesigen Nutzen die telegraphische Verbindung und Nachrichtenbeförderung brachte. Hannover war der erste Staat, welcher von der neuen Gesellschaft eine Leitung legen ließ. In Preußen wurde im Jahre 1849 die Telegraphie dem Publikum zugänglich gemacht. Und schon im Jahre 1850 bildete sich der deutsch-österreichische Telegraphenverband, der aus den Staaten Österreich-Ungarn, Preußen, Bayern, Sachsen, Baden und Württemberg bestand. Es ist interessant, die Dienstvorschrift für die Beamten dieses ersten deutschen, ja europäischen Telegraphenverbandes durchzulesen. Das Aufgeben einer Depesche war nicht so leicht, wenigstens nicht für den Privatmann. Wenn der Inhalt nur irgendwie dem Vorsteher der Telegraphenstation unwahrscheinlich, verdächtig oder unwahr erschien, wurde die Depesche zurückgewiesen. Man konnte auch vom Aufgeber der Depesche verlangen, daß er seine Unterschrift und auch den Inhalt der Depesche, sobald er sich auf Tatsachen bezog, von der Ortsbehörde bescheinigen ließ. Diese Schwierigkeiten bei Aufgabe einer Depesche dauerten bis zu Anfang der 60er Jahre. In einem Fremdenführer für Berlin, der im Jahre 1861 erschien, heißt es in bezug auf die Aufgabe von Depeschen: „Das Telegraphenbureau befindet sich im Postgebäude, Königstraße 60, im ersten Hof, links, eine Treppe, wo Depeschen zu jeder Zeit aufgenommen werden. Jeder Absender einer Depesche muß sich durch Paßkarte, durch eine Bescheinigung der Polizei und durch zwei glaubwürdige Zeugen legitimieren." Interessant ist ferner, daß die Vorschrift besagte, Depeschen von mehr als hundert Worten seien nicht aufzunehmen, da durch das Abtelegraphieren derselben zuviel Aufenthalt entstände.

Heute kann man es begreifen, welche Schwierigkeiten sich in der Einführung der elektrischen Telegraphie entgegenstellten und mit welchem Mißtrauen man das neue Unternehmen betrachtete. Die elektrische Telegraphie kam allerdings nach Deutschland zu einer Zeit, in der die Wogen der inneren Politik außerordentlich hoch gingen. Dieser Umstand hat es wohl auch verschuldet, daß sich so außerordentlich wenig, ja eigentlich gar kein Material über die Geschichte der ersten Zeit der elektrischen Telegraphie in Deutschland auffinden läßt. Selbst in der so reichhaltigen Bibliothek des Reichspostamtes in Berlin sind nur einige ganz kurze Angaben vorhanden. Und so dürften die vorstehenden Zeilen noch den Vorzug haben, interessante Daten zu veröffentlichen, welche in keinem Geschichtsbuche der Telegraphie stehen und die doch für die Kinderjahre der elektrischen Telegraphie interessant und wichtig sind.

Aus chneiden — **Aus chneiden!**

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat März 1924

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Unsere Leser und Freunde

bitten wir, bei Einkäufen sich auf das

Posener Tageblatt

zu beziehen.

Statut

über die Einziehung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Auf Grund des Art. 16 des Gesetzes vom 11. 8. 1923 über die zeitweilige Regulierung der Kommunalfinanzen (Dz. Ust. Nr. 94 Pos. 747) sowie des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 14. November 1923 wird folgendes Statut herausgegeben:

§ 1.

Der städtischen Steuer unterliegen alle Erbschaften und Schenkungen, welche der staatlichen Erbschafts- und Schenkungssteuer unterliegen, und deren Gegenstände sich auf dem Gebiete der Stadt Poznań befinden.

§ 2.

Die Steuer beträgt 10% der staatlichen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Falls sich die Gegenstände, welche der staatlichen Erbschafts- und Schenkungssteuer unterliegen, auch auf dem Gebiete eines anderen Kommunalverbandes befinden, so zieht man die Steuer in der Höhe ein, welche dem Verhältnis des reinen Wertes der Gegenstände, die sich auf dem Gebiete der Stadt befinden, zur ganzen Steuerveranlagung entsprechen.

Schulden mit Ausnahme der Grundschulden, werden so behandelt, als ob sie alle Gegenstände im Verhältnis zu deren Wert belasten.

§ 3.

Der Verpflichtete muß die Steuer zusammen mit der staatlichen Erbschafts- und Schenkungssteuer bezahlen.

§ 4.

Die Steuer schätzt das Steuerbüro beim Magistrat ein und benachrichtigt hiervon mit einem Zahlungsbefehl.

§ 5.

Die Steuer ist im Laufe von 14 Tagen nach Einhändigung des Zahlungsbefehls zu entrichten. Falls die Steuer im eigentlichen Termine nicht bezahlt wird, so wird sie zwangsweise unter Zuzählung von Exekutionskosten auf Grund der Gesetzesbestimmungen vom 9. März 1923 (Dz. Ust. Nr. 31 Pos. 159) und von Verzögerungszinsen in Höhe von 2% monatlich eingezogen.

§ 6.

Der Protest gegen die Steuereinschätzung ist, vom darauffolgenden Tage nach der Einhändigung des Zahlungsbefehls an gerechnet, im Laufe von 4 Wochen an den Magistrat zu richten.

Gegen die Entscheidung des Protestes kann man im Laufe von 14 Tagen eine Klage an das „Wojewódzki Sąd Administracyjny" erheben.

Die Einbringung eines Protestes bezw. einer Klage berechtigt nicht zu einem Aufschub der Steuerentrichtung.

§ 7.

Wer in der Absicht, sich der Steuerzahlung zu entziehen, vor dem Magistrat oder den durch diese Behörde bevollmächtigten Organen falsche oder unvollständige Aufklärungen gibt oder in derselben Absicht auf festgesetzte Fragen zu antworten sich weigert, unterliegt einer Geldstrafe bis zur 20 fachen Höhe der entsprechenden Steuersumme.

Trotz dieser Strafe ist der Steuerzahler zur Entrichtung der Steuer verpflichtet.

Evtl. Mitschuldigen werden gleich dem Urheber mit derselben Strafe bedroht.

Im übrigen kommen die Bestimmungen der Artikel 63—66 des Gesetzes vom 11. VIII. 1923 über die vorläufige Regulierung der Kommunalfinanzen (Dz. U. Nr. 94 Poz. 747) in Betracht.

Poznań, 14. November 1923.

Magistrat

(—) Ratajski. (—) Dr. Kiedacz.

Bestätigt vom Innenminister im Einverständnis mit dem Finanzminister vom 19. II. 1924. — L. dz. 3. B. 305/24.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 8. März.

Einkommensteuer von Dienstbezügen im März.

Die Finanzkammer teilt mit: Auf Grund des Art. 12 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 10. Januar 1924 (Dz. Ust. Nr. 13, Pos. 110) verordnet das Finanzministerium: die Erhebung der Einkommensteuer von Dienstgehältern, Pensionen und Entschädigungen für Lohnarbeit wird auf dem Gebiet der Wojewodschaften Großpolen, Pommerellen, Schlesien (oberschlesischer Teil) im März 1924 in der bisherigen Weise ausgeübt, und zwar nach folgendem Tarif:

Laufende Nr.	Höhe der ausgezahlten Entschädigung in 1000 Mark über	bis	Prozentsatz der Steuer
1	5 256 000	7 008 000	0,3
2	7 008 000	8 760 000	0,4
3	8 760 000	11 388 000	0,5
4	11 388 000	14 016 000	0,7
5	14 016 000	16 644 000	0,9
6	16 644 000	19 272 000	1,2
7	19 272 000	21 900 000	1,4
8	21 900 000	24 820 000	1,7
9	24 820 000	27 740 000	2,1
10	27 740 000	30 660 000	2,5
11	30 660 000	33 580 000	3,0
12	33 580 000	36 500 000	3,5
13	36 500 000	37 960 000	4,5
14	37 960 000	40 150 000	5,5
15	40 150 000	42 340 000	7,0
16	42 340 000	45 250 000	8,5
17	45 250 000	48 180 000	10,0
18	48 180 000	51 110 000	11,5
19	51 110 000	54 750 000	13,0
20	54 750 000	58 400 000	13,6
21	58 400 000	62 050 000	14,3
22	62 050 000	65 700 000	15,0
23	65 700 000	69 350 000	15,7
24	69 350 000	73 000 000	16,5
25	73 000 000	76 500 000	17,3
26	76 500 000	80 300 000	18,1
27	80 300 000	83 950 000	18,8
28	83 950 000	87 600 000	19,5
29	87 600 000	131 400 000	20,2
30	131 400 000	175 200 000	20,9
31	175 200 000	219 000 000	21,6
32	219 000 000	262 800 000	22,3
33	262 800 000	328 500 000	23,0
34	328 500 000	525 600 000	24,5
35	525 600 000	657 000 000	25,5
36	657 000 000	876 000 000	27,0
37	876 000 000		28,5

Auf dem erwähnten Gebiete ist im Sinne des Art. 6, Punkt b des angezogenen Gesetzes für die städtischen Gemeinden und Kreiskommunal-Verbände gleichzeitig mit der Staatssteuer beginnend von der 4. Stufe obigen Tarifes einschließlich an ein Zuschlag in Höhe von 3% der ausgezahlten Entschädigung abzuziehen. Die abgezogenen Beträge sind gemäß Art. 13 des angezogenen Gesetzes vom 10. Januar 1924 innerhalb von 7 Tagen nach Ausführung des Abzugs in die Finanzkasse einzuzahlen, und zwar unter Androhung einer 5%igen Strafe für jeden Tag des Verzugs.

Anmerkung: Der obige Tarif gilt also für die Gehälter usw., die für den Monat März 1924 entweder am Anfang oder im Laufe des Monats ausgezahlt werden.

Wetter, Saatenstand und landwirtschaftl. Arbeiten.

Fast genau mit dem Schluß des Februar ist ein bedeutender Witterungsumschlag eingetreten: Am 1. März war das Wetter schon milder und am 2. März richtiges Tauwetter, das auch bisher angehalten hat, sogar in den beiden ersten Nächten, während in den übrigen Nächten immer noch etwas Frost eintrat. Das prachtvolle Wetter und die herrliche Luft sind nach dem langen Winter allgemein freudig begrüßt worden und haben der Menschheit geradezu Mut eingeflößt. Schneller als man gedacht hatte, ist der Schnee geschmolzen, ohne daß das Tauwetter wesentliche Unzuträglichkeiten herbeigeführt hätte. Die Landstraßen weisen gegenwärtig keinen sehr erfreulichen Zustand auf, doch ist das in der jetzigen Jahreszeit nicht anders möglich, übrigens ist schon ein Abtrocknen zu beobachten. Die Saaten sind nun wieder frei, stellenweise stehen sie unter Wasser. Augenblicklich läßt sich noch nicht genau übersehen, wie die Saaten den Winter — der in letzter Zeit nicht gerade günstiges Wetter für sie brachte — überstanden haben, doch scheint es, als ob sie im großen und ganzen erheblichen Schaden nicht genommen hätten. Wenn das gegenwärtige Wetter noch einige Zeit anhält, wird man bald hierin klar sehen, auch, ob das Wetter die Mäuse in größerem Umfange vernichtet hat, indem das Wasser in ihre unterirdischen Gänge hineingelaufen ist. Bisher wird von allen Seiten Klage geführt, daß diese in Massen auftretenden Nager großen Schaden in den Schobern und Scheunen anrichten. Die landwirtschaftlichen Arbeiten waren naturgemäß bisher noch Winterarbeiten, doch werden jetzt die Vorarbeiten zur Frühjahrsbestellung beginnen. Spaziergänger können sich schon an Weidenkätzchen erfreuen — das soll aber etwa kein Hinweis darauf sein, sie jetzt massenhaft abzureißen und nach Haus zu schleppen, nein, man kann sich doch auch draußen an ihnen freuen. S.

Verband der Güterbeamten für Polen.

Der Verband veranstaltete am Sonntag, dem 2. März, in **Bromberg** eine gemeinsame Versammlung der Güterbeamten für Polen und Pommerellen. Die Sitzung war, wie wir einem Bericht des „Landw. Zentralbl. für Polen" entnehmen, von 30 Mitgliedern und Gästen besucht.

Zuerst gab Herr Dr. **Wagner** einen Bericht über die Generalversammlung des Verbandes in Posen, über Beitragszahlung, Stellenvermittlung, Lehrlingsprüfung, Vermittlung von Stellenangeboten und Nachfrage durch das Zentralwochenblatt, sowie die Regelung der Gehälter. An diesen Bericht knüpfte sich ein lebhafter Meinungsaustausch. Dann hielt der Vertreter des **Verbandes deutscher Genossenschaften**, Herr Verbandsrevisor **Steuck**-Bromberg, einen Vortrag über Genossenschaft und Landwirtschaft. Der Vortrag wird im Zentralwochenblatt veröffentlicht. Auch an diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Als letzter Punkt der Tagesordnung fand eine Besprechung technischer Fragen, die einem regen Gedankenaustausch über Saatgutbau, Beizen der Saaten, Düngung der Felder, sowie Vermittlung der Fortschritte, die in der Landwirtschaft Deutschlands gemacht werden, bewirkten.

Eine Zusammenkunft pommerellischer Städtevertreter

fand dieser Tage in **Graudenz** statt. Anwesend war u. a. als Vertreter der Regierung Dr. **Sikorski**, Dezernent für Selbstverwaltung im Ministerium. Die Hauptgegenstände der Beratungen bildeten die in der Ausarbeitung befindlichen Gesetze über die Selbstverwaltung und das Kommunalwahlrecht.

Betreffs des **Wahlrechts**, dem der Entwurf das Pluralwahlsystem zugrunde legt, waren die Ansichten geteilt. Während ein auswärtiger Bürgermeister dieses System, das bekanntlich den besitzenden und gebildeten Schichten mehrere Stimmen zuteilt, also den Grundsatz absoluter Gleichheit ausgeschaltet wissen will, verteidigte, traten besonders die Graudenzer Vertreter für Wahlen auf rein demokratischer Grundlage ein. Bezüglich der **Selbstverwaltung** hoben die Graudenzer Vertreter hervor, daß durch die Unifizierung dieser Materie das frühere preußische Teilgebiet, das schon seit langen Jahren sich der Selbstverwaltung erfreut, in manchen Punkten in Nachteil gerate. Stadtpräsident **Włodek**-Graudenz schlug die Schaffung eines Rahmengesetzes oder, falls dies nicht angängig, die Durchführung einer Reihe von Verbesserungen am Entwurf zugunsten unseres Teilgebiets vor.

Dr. **Sikorski** erläuterte die beiden in Rede stehenden Regierungsprojekte nach allen Richtungen und gab für die einzelnen Punkte die erforderliche Begründung. Nach Anhörung zweier weiterer Berichte (der Vertreter des Wucher- und Teuerungskommissars bzw. des Verbandes zur Städteverpflegung) wurde eine Entschließung angenommen, in der die Forderungen der einzelnen Städtevertreter ihren Niederschlag finden.

X Die Ortssatzung über die Einziehung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer der Stadt Posen, die im vergangenen Jahre von den städtischen Körperschaften beschlossen worden war, eine Steuer von 10 Prozent der staatlichen Erbschafts- und Schenkungssteuer vorsieht und gleichzeitig mit der staatlichen Erbschafts- und Schenkungssteuer zu entrichten ist, hat die Genehmigung des Innen- und des Finanzministers gefunden. Sie ist innerhalb 14 Tagen nach der Einhändigung eines Zahlungsbefehls vom städtischen Steuerbureau zu bezahlen. Die Satzung wird im heutigen Anzeigenteile bekannt gegeben.

Gestorben ist am 5. d. Mts. im Alter von 82 Jahren Fräulein Karoline **Jedzink**. Die Verstorbene ist eine Schwester des vor einigen Jahren hier verstorbenen Weihbischofs Dr. Jedzink. Die Geschwister stammten aus Ermland und waren Deutsche. Die Beerdigung fand heute nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle der Krankenanstalt der Barmherzigen Schwestern statt, bei denen die Verstorbene nach dem Tode des Bischofs ein Unterkommen gefunden hatte.

Regelung der Fischpreise in Polen. Die polnische Regierung hat sich, wie die „Baltische Presse" schreibt, an die tschechoslowakische Gesandtschaft in Warschau mit dem Ersuchen gewendet, ihr die von der tschechoslowakischen Regierung zur Verbilligung der Fischpreise getroffenen Maßnahmen mitzuteilen. Die polnische Regierung plant, ähnliche Maßnahmen auch in Polen durchzuführen, da die von der tschechoslowakischen Regierung getroffenen Vorkehrungen zur Folge gehabt haben, daß sich die Fischpreise in der Tschechoslowakei nahezu am billigsten von allen mitteleuropäischen Staaten gestellt haben.

□ Janowitz, 7. März. Am 1. April schließt das Winterhalbjahr der hiesigen **Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule**, und einige Tage darauf wird das Sommerhalbjahr eröffnet. Immer mehr greift die Einsicht, nicht nur Landwirtstöchter in diese Schule zu schicken, um sich, sondern auch aus den kleinen Städten liegen Anmeldungen vor, vor allen Dingen für das Sommerhalbjahr, weil in diesem der Einkochkursus enthalten ist. Die Schule leistet ja auch für den niedrigen Preis von sechs Ztr. Roggen monatlich außerordentlich Tüchtiges. In diesem Pensionspreis sind auch sämtliche Lehrgelder mit enthalten. Der Lehrplan der Schule umfaßt alles, was eine Frau auf dem Lande wissen muß, aber was auch die Frau in der kleinen Stadt unbedingt beherrschen muß, wie zum Beispiel außer allen Haushaltungsfächern: Kleintierzucht, Obst- und Gemüsebau und so verschiedenes mehr. Neben den praktischen Koch- und Haushaltungsstunden wird gründlich Wäschenähen, Schneidern, Sticken, Ausbessern gelehrt. Die Reichhaltigkeit der kleinen Schlußausstellung zeigt, wie Tüchtiges darin geleistet wird. — Anmeldungen für den Sommerkursus werden bis zum 1. April angenommen. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Leiterin Frl. **Letzring**, Janowitz, Kreis Znin.

*** Konitz, 6. März.** Nach dem „Kon. Tagebl." ist Frau Rentiere **Hoffmann**, langjährige Bürgerin unserer Stadt, in Berlin im **Armenkrankenhaus** an Altersschwäche **gestorben**. Sie verkaufte ihr in der Schlochauer Straße 42 gelegenes Gebäude im Jahre 1922 für 4 Millionen Mark und gedachte, mit dieser enormen Summe ihren Lebensabend in stiller Beschaulichkeit zu beschließen. Infolge der gleich darauf eingetretenen Geldentwertung schrumpfte der erzielte Betrag zu einem Nichts zusammen, so daß auch ihr **das Los der Rentner nicht erspart** blieb.

S. Wongrowitz, 7. März. Der **Ferkelauftrieb** auf dem gestrigen Wochenmarkt war reichlich und Auswahl an Tieren der verschiedensten Güte. Gefordert wurden für das Paar 30—90 Millionen, doch wurden die hohen Preise nicht bewilligt. Für die beste Ware dürften etwa 55 Millionen gezahlt worden sein. Butter kostete rund 3 Millionen, für Eier wurden 2.5 Millionen gezahlt, für ein Stück Weißkäse (etwa 1½ Pfund) 1.5 Millionen.

Mente.

Roman von E. Vely.

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Und da oben wohnen Sie also bei meiner Konkurrentin? Ich habe auch vermietet, alles noch vorn hinaus. Toto, bist Du wohl still? Ich richte nämlich auch Papageien ab; ich sage Ihnen, das versteh' ich, und es ist lustig dabei." Und dann wieder Fragen über Mente und ihre Beschäftigung.

„Also Putzmacherin! Ja, so habe ich auch mal angefangen, aber es sagte mir nicht lange zu. Und dann verheiratete ich mich damals so jung. Gott, wenn man dumm ist! Aber es war ein elendes Leben — und lange habe ich das nicht ausgehalten. Ja, man erlebt viel in der Welt, aber unterkriegen muß man sich nicht lassen. Und sind Sie denn gar nicht neugierig, wer nach Ihnen gefragt hat?"

„Ach —"

Die schlanken, weißen Finger legten sich vor Verwunderung zusammen. „So bin ich nun auch 'mal gewesen, wenn ich das bedenke."

„Mama, Mama!" schrie der älteste Junge, „Nimrod spielt mit Deinen Brillanten —"

Sie huschte zwischen den Möbeln hin, zwei patschende Schläge auf ein paar Kinderhände, ein weinender, dann ein tröstender Laut. „So sind die Kinder, alles wollen sie, was sie bei den Großen sehen! Geht gleich in die Küche, ihr unartigen Jungen! Nette Kerlchen, was? Ich sage Ihnen, das Entzücken von allen Malern in der Akademie! Wie oft die schon gemalt sind, und wie still sie sitzen — das haben sie raus! Es ist ein förmliches Reißen um meine Jungen. Süße Geschöpfe, wie? Bonito!" drohte sie einem Papagei, der ihren letzten Ton nachahmte, und dann lachte sie wieder und neigte sich vor.

„Was man im Umgange mit Künstlern alles lernen kann! Das ist eine ganz besondere Art von Menschen! Seh'n Sie sich hier mal um! Bunt, nicht wahr? Aber lauter Kunstsachen, dafür habe ich nun 'nen Blick. Und das verkaufe ich so unter der Hand! Es ist ganz lustig! Mal sieht es hier so aus und denn wieder anders."

Mente saß auf der Kante des einen Sessels, wohin sie Frau Alma geschoben hatte, und sie stieß jetzt einen bewundernden Seufzer aus. Die andere kreuzte die Arme in der biegsamen Taille.

„Ein hübscher, junger Mann war nämlich so neugierig auf Sie, ein Künstler," — sie drohte mit dem Finger. „Na, seh'n Sie nun wohl, Sie werden ja ganz rot!"

Mente fühlte, wie es wieder brennend heiß in ihre Wangen stieg, und sie kam sich recht täppisch und hilflos vor. Das schrille Vogelgeschrei tat ihr in den Schläfen weh, es war eine Angst in ihr.

„Ich muß nun fort," sagte sie.

„Aber — Sie kommen mal wieder, das müssen Sie mir versprechen, ja? Sie gefallen mir, und bei mir ist es doch gemütlich, was? Kinder, gebt der neuen Tante ein Händchen, so! Die kommt bald wieder. Die andere Hand, Harald, willst Du gleich! Sonst schilt Onkel Hans, und Du darfst nicht wieder in sein Atelier hinaufkommen und auf dem steinernen Löwen reiten, hörst Du wohl!"

Dann blinzelte sie dem blonden Mädchen zu. „Wir nehmen Sie auch mal mit, ganz gern, es gibt so viel hübsche Dinge da oben zu sehen."

„Ach nein, ich habe gar keine Zeit," stammelte sie.

„Die nimmt man sich doch!" Und die schöne Frau verneigte sich leise in den Hüften. „Wenn man so jung und nett ist wie Sie! Ach, man weiß es freilich nie so recht, gerade zu der besten Zeit. Sonst könnte man noch ganz anderen Vorteil daraus ziehen. Die Männer sind sehr dumm!"

„O!" Mente stieß das ganz entsetzt hervor. „In Wilrode war jedes männliche Wesen den Frauen gegenüber als etwas Bevorzugtes betrachtet worden — so mit ganz anderem Respekt."

„Ja, mein Kind!" nickte jene, „sehr dumm! Und das ist gut, denn sonst —"

Wieder rollten ihr die beiden Knaben vor die Füße, wieder ermahnte, strafte und liebkoste sie durcheinander.

„Was für böse Kinder! Es gibt bestimmt keine Schokolade! Siehst Du, Harald, nun machst Du das Mäulchen und weißt, dann lacht die Mama! Na, gib mir ein Küßchen!"

Als Mente draußen stand, sagte sie: „Nun, möchte ich doch noch was fragen?"

Frau Alma nickte. „Natürlich, sonst könnten Sie doch nicht darüber einschlafen —"

„Wie — Ihr Name ausgesprochen wird!"

Sie lachte überlaut. „Weiter nichts?" Und dann sprach sie ihn zweimal aus und setzte mit einer Handbewegung hinzu: „Er" ist nach Amerika, und das war ein besserer Einfall wie der, daß er mich damals absolut heiraten wollte. Ich war so ganz wie Sie, ein ganz dummes Ding noch. Und gut ist das nicht, da fällt man leicht rein —"

Es keuchte jemand die Treppen herauf.

„Na, das ist endlich die Bienekamp, endlich!" rief Frau Alma einer dicken Frau zu, die einen Hut mit Federn und hochroten Bändern trug. „Nun hatte ich beinahe schon die Geduld verloren."

„Stilleken, man stilleken," antwortete die Kommende, „was ich sage, das halte ich, nur nich schimpfen, Madamken!"

„Ach, das sagen Sie immer!"

„Ja ja, auch das beste, was einer tun kann. Uff!" Sie warf ein paar Kartons zu Boden, knöpfte ihr Jackett auf und meinte, als sich Mente bückte, ihr behilflich zu sein: „Haben doch da so 'n lüttigen, netten Besuch gehabt. Un denn bringe ich auch was, nebenher, nämlich 'ne Nachricht. Ich weiß wen, der will Brillanten verkaufen, 'n Ring — so was von 'nem Ringe hat die alte Bienekampen noch gar nich geseh'n. Von's Theater wer! Da wissen Sie doch, heute so und morgen so!"

Langsam stieg Mente die weiteren vierundzwanzig Stufen hinauf. Ihr war heiß und wunderlich zumute. Zu viel erlebte man doch in diesem Berlin, zu viel — aber nun fühlte sie, daß die Frau da unten recht hatte, — sie würde doch gar zu gern gewußt haben, wer es denn eigentlich gewesen war, der nach ihr gefragt hatte, — ob's der war, der sie vorhin so höflich grüßte? Und sie wünschte es plötzlich, daß es ein und derselbe sein möchte.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Aus der polnisch-oberschlesischen Industrie.

Wegen der Verhältnisse in der polnisch-oberschlesischen Kohlenindustrie hatte kürzlich der Senator **Kowalczyk** interpelliert, worauf der Handelsminister im Einvernehmen mit den anderen Ministerien eine schriftliche Antwort erteilt hat, der wir folgendes entnehmen:

1. Auf der Konferenz mit den oberschlesischen Industriellen am 4. Februar wurde eine 30prozentige Ermäßigung der Kohlenpreise mit Wirkung vom 6. Februar ab festgesetzt, wobei die Regierung die Kohlensteuer um 10 Prozent ermäßigte. Eine weitere Ermäßigung ist vorgesehen. Allerdings haben die letzten Verhandlungen in dieser Angelegenheit zu **keinem Ergebnis** geführt, weil die oberschlesische Industrie die in Warschau gemachten Versprechungen nicht hielt.

2. Um den Verkehr über die Station Kreuzburg (in Deutsch-Oberschlesien) zu vermeiden, hat das Eisenbahnministerium den Bau einer **Umgehungslinie** beschlossen, die von einem polnischen privaten Konsortium ausgeführt werden soll. Außerdem schweben Verhandlungen mit Deutschland über Erleichterungen des Kohlentransitverkehrs durch den deutschen Korridor (Strecke Ostrowo—Kreuzburg—Lublinitz usw. D. Red.).

3. Die Frage der Ausfuhr von Kohle nach Ungarn, Österreich und Südslawien durch die Tschechoslowakei ist auf dem Verhandlungswege mit diesem Staate positiv gelöst worden. Die Tschechoslowakei wird den Tarifsatz für polnische Kohle von 30 auf den normalen Satz von 20 Kronen je Tonne ermäßigen.

4. Die **Anstellung von deutschen Staatsangehörigen** in der oberschlesischen Industrie ist **nur dann** gestattet, wenn der Nachweis erbracht werden kann, daß in Polen derartige Fachkräfte (Monteure usw.) nicht vorhanden sind. In jedem Falle ist zuerst die **Erlaubnis des Handelsministeriums einzuholen**. Dieses Ministerium hat außerdem von der Obersten Bergverwaltung in Kattowitz eine Nachweisung über alle Verwaltungsmitglieder der Kohlenindustrie unter gleichzeitiger Angabe der Staatsangehörigkeit eingefordert. Über Personen, die auf Grund der 2. Genfer Konvention über Oberschlesien das Optionsrecht besaßen, sollen nähere Erkundigungen eingezogen werden, ob und mit welchem Ergebnis sie von diesem Recht Gebrauch gemacht haben.

*

Neuanlagen und Veränderungen in der oberschlesischen Montanindustrie. Um die Betriebe auf der Höhe zu halten, sollen im laufenden Jahre einige Werke modernisiert und einige Anlagen neu geschaffen werden. In Ostoberschlesien ist es die **Bismarckhütte**, die bestrebt ist, Erzeugnisse hochwertiger Qualität immer mehr auf den Markt zu bringen; ihr Betriebsprogramm für 1924 ist demgemäß erweitert worden. Soweit eine Modernisierung der Blechwalzwerke nötig ist, wird sie vorgenommen werden. Auch die Betriebe zur Herstellung von Eisenbahnoberbaumaterial (das ständig gut abgefordert wird) werden eine weitere Ausgestaltung erfahren. Die **Vereinigte Königs- und Laurahütte** wird in diesem Jahre besonders der Ausgestaltung ihrer Waggonfabrik — der Waggonbau wird in Polnisch-Oberschlesien künftig in verstärktem Grade betrieben werden — ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die **Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb** wird in erster Reihe ihre Grubenanlagen weiter modernisieren, um die Kohlenförderung zu steigern. Ein ähnliches Programm besteht auch bei der **Rybniker Steinkohlengewerkschaft**, die im Laufe der letzten Jahre sehr Bedeutendes in bezug auf den Ausbau ihrer Grubenanlagen geleistet hat und die im Jahre 1924 hier noch erheblich weiter gehen will. Ebenso befindet sich die **Schlesische A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine** (die mit der Schlesischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Beuthen in enger Verbindung steht) in der Lage, ihre Grubenanlagen weiter auszubauen bzw. zu modernisieren, um die Kohlenproduktion in die Höhe zu bringen. Die **Oehringen Bergbau A.-G.** hat sehr wesentliche Ausbau- und Vorrichtungsarbeiten über und unter Tage für das Jahr 1924 in Aussicht genommen. — Die **westoberschlesischen** Gesellschaften werden in erster Reihe ihre Eisenwerke im Jahre 1924 nach Möglichkeit vervollkommnen, und zwar sowohl die **Oberschlesische Eisenbahnbedarfs A.-G.** als auch die **Oberschlesische Eisenindustrie A.-G.**, das **Borsigwerk A.-G.** und die **Donnersmarckhütte**. Alle diese Gesellschaften sind bestrebt, in bezug auf die Verfeinerung des Eisens den höchsten Grad der Vollkommenheit zu erreichen. Auf die einzelnen mehr oder weniger komplizierten Projekte werden wir noch näher zurückkommen.

Handel.

♂ **Tarifermäßigungen für polnische Ausfuhrtransporte** zwecks Wiederbelebung des Außenhandels, der in letzter Zeit wegen der allgemeinen Wirtschafts- und Geldkrisis in Polen außerordentlich zurückgegangen ist, hat das Eisenbahnministerium im Einvernehmen mit dem Handels- und dem Finanzministerium ab 1. März eingeführt. Zu diesen Erleichterungen gehört zunächst die schon vor einigen Tagen von uns gemeldete Einordnung der Transporte von Holz in bearbeitetem und unbearbeitetem Zustande bei einer Entfernung von über 600 Kilometern in die Tarifklasse 8, wodurch nicht nur der Holzexport im allgemeinen gefördert, sondern gleichzeitig auch dem **Raubbau** in den westpolnischen Waldbezirken **entgegengewirkt** werden soll. Weiter wird Steinkohle bei Transporten über 500 Kilometer aus der Klasse 8 nach 9 versetzt. Frachtermäßigungen treten auch ein für solche Waren, die in den sonst leer laufenden Waggons der zurückbeförderten Kohlenzüge mitgenommen werden. Für die Zementausfuhr nach Holland und über Danzig tritt gleichfalls der Tarif der Klasse 9 statt 8 in Kraft. Für die Ausfuhr von rohem und gewalztem Zink über Danzig gilt die Normalklasse 4, für die Ausfuhr von Kartoffeln nach Lettland und Estland, die letztes Jahr eine Mißernte hatten, die 9. statt der 8. Tarifklasse bei Transporten über 300 Kilometer. Um die Konkurrenz mit den **amerikanischen** Erzeugnissen in den baltischen Ländern zu erleichtern, werden die Exporttarife für Naphthaprodukte um 10 Proz. ermäßigt. Zur Förderung speziell der Ausfuhr nach Lettland werden die bisher nur nach Rumänien geltenden Ausnahmetarife für Glas und keramische Waren, Maschinen usw. **auf alle anderen Grenzstationen ausgedehnt**. Schließlich wird auch dem Hafen **Gdingen** eine Reihe von Exporttarifvergünstigungen gewährt.

♂ **Der neue polnische Einfuhrzoll für Zeitungs- und Druckpapier** beträgt nach der soeben im „Dziennik Ustaw" erfolgten amtlichen Bekanntmachung 40 Prozent des Normaltarifs.

♂ **Aus dem neuen litauischen Zolltarif, der mit dem 21. Februar** in Kraft getreten ist, seien noch folgende Sätze erwähnt: Für Eisenwaren und nicht geschmiedete Ketten 8 Lits je Kilogramm, für Eisenschlösser 12 Lits je Kilogramm, für Eisenmaterial für Türen- und Fensterbeschlag 12 Lits je Kilogramm, für Erzeugnisse aus unbearbeitetem Grauguß 3 Lits je Kilogramm, für Erzeugnisse aus verarbeitetem Grauguß 4 Lits, für Waren in unbearbeitetem und bearbeitetem Zustande aus Schmiedeeisen 6 Lits, für Kartonnagenerzeugnisse 20 Lits, für Sacharin (verschiedene Sorten) 4 Lits, für kleinen Bernstein 5 Lits und für größeren 10 Lits je Kilogramm.

Verkehr.

Einen Plan zur Reorganisierung des polnischen Eisenbahnwesens hat Minister **Tyszka** vor einigen Tagen dem Staatspräsidenten vorgelegt. Darin kommt vor allem das Bestreben nach einer finanziellen Selbständigmachung und Handhabung der Verwaltung und des Betriebes nach **privatwirtschaftlichen Grundsätzen** zum Ausdruck. Wegen der größeren Ausgaben sollen in Kürze die Tarife für den Personenverkehr erhöht werden, während für den Frachtenverkehr weitere Erleichterungen vorgesehen sind. Die sehr hohen Investitionskosten zur Vereinheitlichung der polnischen Bahnen sollen durch die unlängst herausgegebene Eisenbahnanleihe gedeckt, der Bau weiterer Linien aber durch ausländisches und Privatkapital finanziert werden. Grundsätze für die Erteilung von Konzessionen an physische und juristische Personen sind bereits ausgearbeitet. Zunächst sollen 2000 Kilometer neue Linien gebaut werden, wovon 800 Kilometer den Kommunikationszwecken der Kohlenreviere dienen würden.

Geldwesen.

≡ **Für die Regelung des polnischen Devisenverkehrs** sollen nach einem Beschluß des Ministerrats die außerordentlichen Vollmachten des Finanzministeriums, die am 31. März d. Js. ablaufen, auf ein Jahr **verlängert** werden, da die Sanierungsperiode noch nicht abgeschlossen ist. Aus mehreren Quellen verlautet aber bereits, daß der Finanzminister den **freien** Devisenverkehr in Polen bald wieder herzustellen beabsichtige. Auch liegt dem Sejm schon ein Dringlichkeitsantrag auf Lockerung der Devisenvorschriften vor.

Von den Märkten.

Ostoberschlesischer Walzeisenmarkt. Die Produktion von Walzeisen ist im ostoberschlesischen Revier in der letzten Zeit **gestiegen**. Der Absatz im Inlande scheint gegen das Frühjahr, den bisherigen Nachfragen nach zu schließen, sich erweitern zu sollen, was mit der Bautätigkeit in Zusammenhang gebracht wird, die anscheinend in Polen in größerem Umfange einsetzen wird. Der Export von Walzeisen ist noch wenig befriedigend, zumal die tschechoslowakische Konkurrenz in zunehmendem Maße auftritt.

Edelmetalle. Warschau, 6. März. (Im freien Verkehr für 1 Gramm fein in 1000 Mkp.) Gold 6300, Platin 38, Silber 210; Goldrubel 5100—5112, Silberrubel 3600.

Produkten: Warschau, 6. März. (Börsentransaktionen in Millionen Mkp. für 100 Kilo netto; in Klammern Tonnenzahl.) Franko Verladestation: Posener Weizen (10) 28, Kongreßroggen 116 f (45) 20, 118 f (70) 21, Kongreßgerste (25) 23—22,5, Posener Braugerste (25) 23,5, Kongreßeinheitshafer (70) 22,5—22, Leinkuchen (10) 26, Roggenkleie (15) 10, Kongreßroggenmehl 70proz. (25) 37. Tendenz fest. Angebot ausreichend.

Lemberg, 6. März. An der heutigen Börse machte sich ein Stillstand bemerkbar. An der offiziellen und nachoffiziellen Börse war das Angebot minimal, und auch die Nachfrage war gering. Die Tendenz ist unverändert. Die Haltung ist abwartend. Notierungen mit Ausnahme von Lupine Schätzungspreise in Millionen Mkp.: Weizen 35—36, Kleinpoln. Roggen 21—22, Kleinpoln. Braugerste 21—22, Mahlgerste 17,5—18,5, Kleinpoln. Hafer 21—22, Lupine 24—26.

Hamburg, 5. März. (In Goldmark.) Weizen 115—151, Roggen 135—189, Hafer 117—127, Wintergerste 116—180, Sommergerste 150—152, Mais 184—188.

Metalle. Berlin, 7. März. (Für 1 kg in **Goldmark**.) Raff.-Kupfer 1,23—1,24 Orig. Hüttenweichblei 0,730—0,735 Hüttenrohzink (i. fr. Verkehr) 0,70—0,71. Remelted Plattenzink 0,60—0,61 Orig. Hüttenaluminium in Blöcken Walz- oder Drahtbarren 2,20, Zinn (Banka, Straits Austral 5,7 5,75. Hüttenzinn (mind. 99%) 5,55 bis 5,60, Reinnickel 2,30—2,40, Antimon Regulus 0,90—0,93 Silber in Barren (900 fein) 94—95.

Altmetalle. Berlin 7. März. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altkupfer 108—114 Altrotguß 92—97. Messingspäne 54—68, Gußmessing 75—80, Messingabfälle 100—108 Altzink 47—50, neue Zinkabfälle 55—60, Altweichblei 54—58. Alumin., Blechabfälle 180—190. Lötzinn 190—210.

Metallene Halbfabrikate. Berlin. 7. März. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche. Drähte, Stangen 272 Aluminiumrohr 400 Kupferbleche 194. Kupferdrähte, Stangen 172 Kupferrohre o. N. 184 Kupferschalen 255, Messingbleche, Bänder Drähte 147 Messingstangen 109. Messingrohre o. N. 160 Messingkronenrohr 175, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 185. Neusilberbleche, Drähte, Stangen 270 Schlaglot 180.

Börse.

≑ **Posener Börse vom 4. März.** (Markt der **nichtnotierten** Werte.) Nobel I—V 7000—7500, Huta Miedzi 2000, stark gesucht, Bank Cukrownictwa langfristige Kredite und Dollar im Privatverkehr wird für den Dollar nachbörslich bezahlt: 9400 9500, Schweizer Frank 1.630.

≑ **Gold- und Silbermünzen** bei der P. K. K. P. unverändert.

≑ **Lodzer Börse** vom 6. März. (In 1000 Mk.) Bk. Handlowy Lucki 13.650. Elektr. Dąbrow. 4000, Zgierz 20.000, Lubov 3500, Herzfeld Viktorius 17.000, Sila 3025. Cegiel 35.000—34.000, Starachowice 80.600 Nafta 2000. Wegen sehr starkem Angebot und Nachfrage ist die Börse eine halbe Stunde länger abgehalten worden. Die Tendenz ist sehr fest.

≑ **Warschauer Börse vom 7. März.** An der Börse ist die Haltung für Devisen und Staatspapiere unverändert. Lediglich Paris und Belgien geben nach. Am **Effektenmarkt** ist die Haltung nicht einheitlich, für einen großen Teil der Aktien schwach. Es notieren: **Bankwerte** (in Millionen): Diskontowy 37, Handlowy 86,5, Kredytowy 1,7, Handlowy Posen 9, Przem. Lwowski 2,45, Zachodnij 12,5, Związku Spółek Zarobk. 26, 5, Spółdzielczy 25; **Industriewerte:** Sole Potasowe 32,5, Kijewski 2,25, Puls 1,975, Welt 2,7, Brown Boveri 4,2, Kabel 4, Chodorów 27, Gosławice 6,85, Michałów 3,3, Tow. Fabr. Cukru 21,9, Warsz. Kop. Węgla 34, Polska Nafta 2,7, Nobel 8,2, Cegielski 3,2, Rau 3,45, Pfitzner u. Gamper 41, Norblin 2,7, Modrzejów 51, Ortwein 2,2, Starachowice 18,2, Suchedniów 8, Trzebinia 3,15, Unja 27, Ursus 5,1, Zieleniewski 52, Zawiercie 0,26. Żyrardów 1645, Polbal 0,6, Ćmielów 4,5, Haberbusch 31,5, Marynin 7, Mirkowska Fabr. Papieru 8, Spiritus 14,75.

≑ **Warschauer Börse vom 6. März.** (Markt der nichtnotierten Werte.) Chybie 65 000, Kujawy 115 000, Zbiersk 5500, Zduny 220 000, Pruszków 950, Elektr. na Sanie 850, Gazy Wsch. 110 000, Jaworzno 130 000, Kauczuk 800, Lechia 625, Lokomotywy 3250. Jabłkowscy Wilno 200, Nitrat 1400—1450, Opalówek 1410, Machlejd 7500, Hurt. Opał. 300, Przem. Węglowy 150, Granat 950 „Glin" 6850. Auf dem Markt der nichtnotierten Werte sind zum ersten Male die Aktien der Bromberger Fabrik für Tonerzeugnisse „Glin" erschienen. Der Kurs ist oben angegeben.

≑ **Berliner Börse vom 7. März** (In Billionen Mark.) Amsterdam 156.61 Brüssel 14.36, Christiania 56.96 Kopenhagen 66.37, Stockholm 109.72, Helsingfors 10.57, Italien 18.05 London 18.055, Neuyork 4.19, Paris 16.56 Schweiz 72.62, Spanien 51.72 Japan 1.875, Wien 6.38. Prag 12.21, Südslawien 5.68, Budapest 5.98 Sofia 3.19 Danzig 72.21.

≑ **Ostdevisen in Berlin vom 6. März. Freiverkehr.** Kurse in Bill. Mk. für je 10 Mill. Mk., Kattowitz und poln. Noten, übrige je 100 Einheiten. **Auszahlung:** Bukarest 2.385 G., 2.415 B. Riga 84.5 G. 86.35 B., Reval 1.145 G., 1.175 B., Kowno 45.05 G. 45.95 B., Kattowitz 4.78 G. 4.90 B. — **Noten:** polnische 4.3-5 G. 4.615 B., estnische 1.02 G. 1.08 B., litauische 41.92 G., 44.08 B.

Zugeteilt wurde auf Reval 55 v. H., estnische Mk. 25 v. H. alles übrige voll.

≑ **Züricher Börse vom 6 März.** (Amtlich.) Neuyork 5.785 London 24.85 Paris 25.62.5, Brüssel 20.40. Amsterdam 215.50 Mailand 24.79. Madrid 70.50 Berlin 1.295, Helsingfors 14.50 Christiania 78.50, Kopenhagen 91.50. Stockholm 151. Wien 0.0815 Prag 16.74, Budapest 0.015, Bukarest 3.05, Belgrad 7.20, Athen 9.50, Konstantinopel 2.97.

≑ **Die Goldmark in Polen** errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 8. März (1 Dollar = 4.20 Goldmark): **2 265 000 Mkp.**

≑ **Danziger Dollarparität**, errechnet aus dem Guldenkurs der **Danziger** Vorbörse vom 8. März. 1 Dollar in Polen = **9 200 000 Mkp.** (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = **2 190 000 Mkp.**

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Bankaktien:	8. März	7. März
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em	—.—	725—8 0
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	950	1050—1 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	—.—	2 500
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	900—875	800—875
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	250	270
Industrieaktien		
Arcona I.—V. Em	—.—	475
Bydgoska Fabr. Mydeł I.—II. Em.	200	—.—
H. Barcikowski I.—VI. Em.	150	—.—
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	8[illegible]—825	900—850
H. Cegielski I.—IX. Em.	290—280	310—305
Centrala Drzewa I.—II. Em.	250	250
Centrala Rolników I.—VII. Em.	—.—	90
Centrala Skór I.—V. Em	800—770	775 800
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	18 000	18 000
Dębienko I.—IV. Em.	—.—	300
Galwana I.—III.	200	—.—
Goplana I.—III. Em	410—430	—.—
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	170	180—170
Hartwig Kantorowicz I.—II Em	1 300	—.—
Hurtownia Związkowa I.—V Em	—.—	30—27
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	1 60—1 590	1 600
Iskra I.—IV Em exkl. Kup.	—.—	675
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	120	—.—
Dr. Roman May I.—IV Em.	9 300—9 000	9 300—9 250
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	375	—.—
Młynotwórnia I.—V Em.	350	375
Płótno I.—III. Em.	19[illegible]—180	190—200
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	2[illegible]0—180	200
Br. „Sza" Węclewski i Śliwiński	120	12[illegible]
Tow. Spółek Ziemna I.—VII. Em.	500—520	5[illegible]0
Pneumatik I.—IV. Em.	50	55
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em	25	—.—
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	—.—	45
Tkanina I.—IV. Em.	140	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	2 650—2 600	2 700
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	4 60[illegible]—4 300	4 600
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em. exkl. Kup.	280—270	280
Wytwórnia Chemiczna I.—VI Em	1[illegible]0—90	100
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV Em.	—.—	525

Tendenz: schwächer.

Danziger Mittagskurse vom 8. März.

1 Million poln. Mark	0,63 Gulden
1 Dollar	5,80 „

Warschauer Vorbörse vom 8. März.

Dollar 9 350 000—9 500 000. **Engl. Pfund** 39 450 000. **Schweizer Franken** 1 590 000. **Französischer Franken** 358 000.

Warschauer Börse vom 7. März.

Devisen:

Belgien	321 000—317 150	Prag	275 500—264 000
London	4022[illegible]—40 240 000	Schweiz	1 619 500—1 6[illegible]8 750
Neuyork	9 350 000—9 3[illegible]0 000	Italien	399 500—3[illegible]7 350
Holland	3 485 000—3 465 000	Złotybons IIa	1 350 000—1 400 000
Goldfrank	1 797 0[illegible]0		

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. März 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	30 000 000—35 000 000	Seradella	15 000 000—17 000 000
Roggen	18 000 000—20 000 000	Felderbsen	20 000 000—26 000 000
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	60 000 000—65 000 000	Vikt.-Erbsen	53 000 000—58 000 000
Roggenm. (70 % inkl. Säcke)	32 000 000—35 000 000	Blaue Lupinen	12 000 000—14 000 000
Gerste	18 000 000	Gelbe Lupinen	14 000 000—16 000 000
Braugerste	20 500 000—22 500 000	Roter Klee	90 000 000—150 000 000
Hafer	19 000 000—21 000 000	Weißer Klee	180 000 000—270 000 000
Weizenkleie	12 500 000	Buchweizen	26 000 000—28 000 000
Roggenkleie	11 000 000	Eßkartoffeln	—,—
Peluschken	16 000 000—18 000 000		
Wicken	14 000 000—16 000 000		

Die Tendenz bleibt anhaltend bei geringen Umsätzen.

Die heutige Ausgabe hat 12 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil **Robert Styra**; für Stadt und Land **Rudolf Herbrechtsmeyer**; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil **Robert Styra**; für den Anzeigenteil **M. Grundmann**. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Frauenschule Szczerbięcin (Scherpingen),

Post Rukosin, Kreis Tczew, Pommerellen.

Lehrgänge

für ländliche Hauswirtschaft, Geflügelzucht, Gartenbau.

Ausbildung

zur geprüften Hausbeamtin.

Schul- und Pensionsgeld 4 Ztr. Roggen.

Auskunft, Schulpläne durch die Vorsteherin (5834

Ingeborg von Gyldenfeldt.

Arbeitsmarkt

Suche zum 1. 4. 24 für kleines Gut evgl. verh. kinderl.

Beamten,

der dasselbe mit ... selbst. bewirtschaften kann. Zeugn. u. Gehaltsanspr. u. **Z. P. 5808** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Bilanzsicherer

Buchhalter,

welcher vorschriftsmäßige Geschäftsbücher einrichten kann, der polnischen und deutschen Sprache in Wort u. Schrift mächtig, **sofort gesucht.**

Ausführliche Bewerbungen zu richten an

Gebr. Blottner,

Maschinenfabrik, Bojanowo.

Zum **1. April** zuverlässiger, unverh., evangel.

Rechnungsführer

und Hofverwalter, der polnischen Sprache in Wort u. Schrift mächtig unter meiner Leitung **gesucht.**

Meldung mit Zeugnisabschriften, die nicht zurückgesandt werden, Lebenslauf und Gehaltsforderung an

Rittergutsbesitzer Beyer, Rutkowice

p. Gralewo pow. Działdowo.

Gesucht für sofort

unverh. Ziegelmeister.

Meldungen unter **B. 5779** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wirtschaftseleven

mit guten Schulkenntnissen sucht zum 1. 4. d. Js

Dom. Lewice, pow. Międzychód.

Unverheirat. Diener

mit nur guten Zeugnissen und Empfehlungen **gesucht.** Meldungen mit Gehaltsansprüchen unter **D. 5803** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Evang. Lehrer(in)

für **Privatschule** bezw. **Hausunterricht** und **Organistendienst sofort gesucht.**

Angeb. mit Ansprüchen und Angabe des Bildungsganges erbittet **Evang. Pfarramt Rakoniewice,** pow. Wolsztyn

5835)

Junge Fakturistin

(flotte Rechnerin)

der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **stellt sofort ein J. Themal,** T. z o. p. Poznań, Wielka 10.

Kammerjungfer oder Hausschneiderin

mit guten Empfehlungen in **Dauerstellung** gesucht.

Rentamt Lenartowice

pow. Pleszew (Poznańskie).

Gesucht für großen **Landhaushalt** evangelische

Wirtin,

perfekt in feiner **Küche, Backen** und **Einwecken** vo... sprch nd. ... Gute Dauerstellung. Ausführliche Angebote mit allem Näheren und Gehaltsansprüche unter **K. B. 5830** an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche zu meiner Unterstützung im Haushalt

junges Mädchen

aus guter Familie, welches im Kochen Erfahrung besitzt. Gefl. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten an

Frau Gutsbesitzer Schendel, Radom, b. Polajewo

Wärme- Kälte-

Isolierungen

Gut isolierte Kessel, Rohrleitungen und Apparate bewirken enorme **Kohlenersparnisse!**

Gestützt auf langjährige Praxis, gutgeschulte Monteure und erstklassige Isoliermaterialien, empfehlen wir unser Unternehmen zur Ausführung von Isolierarbeiten, wobei wir auf unsere ges. gesch. **Spezialisolierung** für Dampfbetriebe höflichst aufmerksam machen.

Wielkopolskie Zakłady Izolacyjne

Aleksander Rączkowski,

POZNAŃ, plac Wolności 17. Telefon 2312.

Filiale Bydgoszcz, ul. Dworcowa 22/23. Tel. 1784 u. 265.

Prima Kamelhaar=

sowie

Leder=Treibriemen

zum Antrieb von Dampfdreschsätzen, Zuckerfabriken, Brennereien usw.

liefern prompt vom Lager zu Fabrikpreisen.

Empfehlen ferner sämtliche technische Packungen, Schläuche, sowie Akkumulatorensäure.

Biuro Techniczno-Handlowe

LISIEWSKI I GLASER

Poznań, ul. Kanałowa 18.

Telephon 60-16. Telegr.-Adr.: Technohandel.

Besseres, evangel., junges Mädchen

als Stütze oder auch zur Erlernung des Haushalts zum 1. April aufs Land **gesucht.**

KRAUSE, Marcelino bei Poznań.

Zum 15. 3. oder 1. 4. zuverlässiger, unverh., evangl.

Oberinspektor,

der poln. Sprache in Wort u. Schrift vollst. mächtig, unter meiner Leitung für 1900 Mrg. großes Gut mit gr. Rübenbau und Saatzuchtwirtschaft

gesucht.

Meld. mit Zeugnisabschriften, die nicht zurückgesandt werden, Lebenslauf u. Gehaltsforderung a. Rittergutsbesitzer Gerstenberg, Chrząstowo p. Nakło. (5684)

Dampfpflug-Meister,

mit allen vorkommenden Reparaturen vertraut, **gelernter Schmied,** unverheiratet, zum 1. April **gesucht.** Angebote unt. **Nr. 5763** an d. Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zum 1. April 1924

2. Beamter und ein Lehrling,

evangelisch, der poln. Sprache mächtig, auf Rübengut und Saatzuchtwirtschaft gesucht. Nur Landwirtssöhne. Der Lehrling muß schon in der Landwirtschaft gearbeitet haben.

Gerstenberg,

Chrzastowo p. Nakło.

Uhrmachergehilfe,

der selbständig arb. iten kann, **sofort gesucht.** Kost und Logis im Hause. 5822

Chwilkowski,

Poznań, Św. Marcin 40.

Ein durchaus ehrliches

Dienstmädchen

mit guten Zeugnissen kann sich **sofort melden** (5790

Poznań, Grobla 25a,

bei Leder.

Lehrerin auf dem Lande, sucht vom 1. April über Sommer (auch für länger) evangelisches

einfaches

Fräulein

bis 25 Jahre, als Genossin, um nicht allein zu sein. Kleine Wirtschaft, Hühner und Garten. Näheres durch Briefwechsel. Gefl. Angebote unter **Wegenosse Nr. 5833"** an d. Ge d. tsstelle dieses Blattes.

Eine saubere

Aufräumefrau

3 mal wöchentlich, **per sofort gesucht J. Themal,** Poznań Wielka 10.



Beamter,

Landwirtssohn, 20 J. alt, evgl., 3 J. Praxis, polnisch sprechend, sucht ab 1. 4. 24 passende Stellung. Gefl. Off. u. **K. 5761** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wirtschafts-inspektor,

der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, im 29. Lebensjahre, sehr gute Zeugnisse, **sucht** von **sofort** oder **1. April Stellung** als **Selbständiger** oder unter Leitung des Herrn. Auf Wunsch persönliche Vorstellung. Schriftl. Meldungen unter **A. St. 5825** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Suche ab **1. IV. 24** oder später **Stellung** als

Wirtschafts-Assistent

auf **größerem Gute** bei Famil.-Anschluß. Bin 23 J. alt, im Fach aufgewachsen, Absolvent der Landw.-Schule, 2 Jahre praktisch tätig mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut, beherrsche die polnische und deutsche Sprache. Zuschriften erbeten an (5825

J. Fuchs,

dwór Blasowice, pow. Pszczyna, poczta Nowy-Bieruń. Górny-Śląsk.

Langjähr., erfahrener

Brennereiverwalter,

in den best. J., 22 J. selbst., verh., poln. Spr. ... mit schriftl. Arb. ... Nebenbetr. ... Reparat. vertr., sucht v. 1. 7. 24 anderw. Lebensstelle. Gfl. Off. u. **F. W. 20 postlagernd Wyrzysk** erbeten. (5840

Kassenbote,

ledig, Mitte d. 40er Jahre, zuverlässig und pünktlich in jeder Weise, sucht Stellung als Bote oder ähnliches, eventuell auch nur für bestimmte Tagesstunden. Off. unter **B. 5165** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Förster,

verheiratet, z. Zt. im Staatsdienst, sucht ab 1. April 1924 **Stellung** in größerer Privatforst. **Hirsch, Lipowa Góra,** poczta Łąkorz, powiat Lubawa.

Ehem. Bursche im Kasino, 27 J. alt, **sucht** z. 1. April oder später

Stellung als Diener.

Gute Zeugn. vorh. Gefl. Off. erb. unt. **4535** an Annoncen-Exped. **C. B.** Expreß, Bydgoszcz.

Junges Mädchen sucht zum 1. April bei mäßigem Gehalt

Stellung im Büro

Schreibmaschine, Stenographie, Korrespondenz usw., **gute Handelsschulzeugn.** Gefl. Angebote unter **Nr. 5812** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Jede deutsche Familie abonniere die reichillustrierte große Wochenschrift

„Ost und Süd",

die über alle Weltereignisse in sachlicher und aufklärender Weise unterrichtet und in literarischer Beziehung auf hoher Stufe steht. „Ost und Süd" erhält ferner einen reichhaltigen weltwirtschaftlichen Teil und wird von allen Importeuren bevorzugt.

Bezugspreis pro Monat 4000000 Mark portofrei.

Zu beziehen durch die

Annoncen-Expedition Alfred Toegel,

Łódź, Piotrkowska 185.

Dampfpflugapparat,

10 PS. Fowler,

komplett, gebraucht **zu verkaufen.** Angebote u. **Nr. 5764** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verkaufe preiswert

2 erstklassige Zuchtbullen

1jährig, 7,60–8,20 Ztr. schwer

sowie **2 Färsen**

der schwarzbunten Niederungsrasse

Lorenz Kurowo, Kościan.

ca. 25 Festm. Birkennutzholz,

II. und III. Klasse

kommen **Sonnabend, den 15. d. Mts.,** gegen Barzahlung zur **Versteigerung.** Beginn **11 Uhr vorm.** a. d. Rentamt. ... liegt unweit Chaussee ½ km. v. Bahn.

Gutsverwaltung Łopiszewo b. Ryczywół.

Zu verkaufen:

1 Dynamo (7 PS.)

Schalttafel (110 Volt)

Akkumulatoren

20 Stück Lagerfässer

(20 und 30 er)

75 Transportgefäße

(¼ und ½ hl)

16 Hopfenbüchsen

Brauerei Międzychód.

20 Waggon Kiefernkloben,

per 1800000 Mk. pro Rm., loko Waggon Parität Wronki hat abzugeben. **Kaufen Speise-, Saat- und Fabrikkartoffeln.**

J. Walenciak i Ska, Poznań, Wroniecka 1.

Zur Frühjahrspflanzung

empfiehlt alle Arten **Obst- u. Alleebäume,** auch **Pfirsich-, Frucht-** u. **Ziersträucher, Heckenpflanzen,** hohe und niedrige **Rosen, Stauden-, Spargel-** u. **Erdbeerpflanzen.**

Aug. Hoffmann, Baumschulen, **Gniezno.**



Brennereiverwalter

wünscht **Tausch seiner Stellung mit einem Kollegen.** Gefl. Anfragen unter **T. 5784** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger Beamter,

26 Jahre alt, evangel., beherrscht das Polnische, sucht von sofort oder später **Stellung** als 1. oder 2 Beamter. Gute Zeugnisse vorhanden.

H. Wellnitz, Boguniewko

bei **Rogoźno,** pow. Obornik.


Fr. Rubel & G. Krätke
Schleifen und Riffeln von Mühlenwalzen.
Poznań, Wenecjańska 6. Telephon 1507.
Lieferung sämtlicher Mühlenbedarfsartikel, wie echte Schweizer Seiden- u. Drahtgaze, Elevatorgurte, Becher, Bechersschrauben, Silberstahlmesserpicken, Mühlpicken, Kraushämmer, Sackschnallen, Gummiabklopfer, Filzstreifen, Nagelband, Gasenägel, Walzenstühle, Plansichter, automatische Getreidewaagen usw., neu und gebraucht.
Billige Preise!
Prompte Bedienung!